Nr. 22. Mittwoch, den 27. Januar 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 5 Mark. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pfg. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Treibjagden.

Man kann über die Jagd auf Wild denken wie man will, mag man sie für ein ritterliches Vergnügen, für eine die Gesundheit fördernde Bewegung halten, man mag sie von volkswirthschaftlichem Standpunkte aus vertheidigen, darauf wollen wir heute nicht eingehen.

Auch betrachten wir den Jäger nicht als einen Mörder, sonst müßten wir ja auch jeden Fleischer für einen solchen erklären — wir sind eben keine Vegetarianer.

Auch erkennen wir gern an, daß in dem Schweifen durch Berg und Thal ein großes Stück Poesie liegt, und bei dem Aufspüren des Wildes werden die Sinne angeregt, so daß das Jagdvergnügen zu den gesündesten Beschäftigungen gehört.

Auch hört man selten von Unglücksfällen, die bei den Pürschjagden vorkommen und diejenigen, welche vorkommen, treffen durchweg den Jäger selbst oder einen Genossen, die ihr Vergnügen oder ihre Jagdleidenschaft büßen. Bei den Pürschjagden sind die Thierhetzen auch seltener und der Massenmord ist ausgeschlossen — kurz und gut, diese Art Jagden kann man zur Noth vertheidigen.

Ganz anders aber sieht es mit den Treibjagden aus. Schon wenn man liest, daß bei einer solchen Jagd in einem Tage 1000 Hasen, 100 Rehe, 50 Hirsche u. s. w. hingemordet worden sind, überkommt einem ein Schauer und man verspürt etwas wie Blutgeruch. Dann aber kann man bei einer Treibjagd auch keineswegs von einem ritterlichen Vergnügen, nicht einmal von einer gesunden Bewegung sprechen, auch nicht von einer durch die Anstrengung gesteigerten Begierde, das gesteckte Ziel zu erreichen; es wird lediglich die Mordlust auf den Treibjagden erweckt. Für einen einfachen Menschen ist es gar nicht erklärlich, daß es Jäger giebt, die kalten Blutes in ein bis zwei Stunden an hundert friedliche „Gottesgeschöpfe“ niederschießen können.

Das Wild wird durch die Treiberschaaren aufgescheucht und gehetzt; die Thiere suchen irgend einen Ausweg. Immer wieder zurückgedrängt, ermatten sie und fallen, meist schon abtodt, dem tödtlichen Blei zum Opfer. Man kann kühnlich behaupten, daß auch das Fleisch des also erlegten Wildes minderwerthig geworden ist.

Die Treiber aber, vielfach Schulkinder und junge Leute, die das Wild in den Tod hetzen müssen, verrohen durch derartiges Thun. Ihr Gemüth wird verhärtet und in ihrem späteren Leben verüben sie leicht eine Körperverletzung oder einen Todtschlag, da sie den Massentodtschlag, wenn auch nur bei Thieren, so oft gesehen haben. Es dürfte bekannt sein, daß auch die Fleischer einen hohen Prozentsatz zu der Zahl der Todtschläger und Mörder stellen. Aber nicht nur die Thiere werden auf den Treibjagden erschossen, sondern es müssen auch zahlreiche Treiber, die für einen kärglichen Lohn die Hetzarbeit verrichten, ihr Leben lassen.

Ein junges Bürschchen von 16 Jahren läßt sich als Treiber anwerben. Eine leidende Mutter wartet am Abend auf den Tagelohn; anstatt dessen bringt man ihr die Leiche ihres einzigen Sohnes, ihres Lieblings ins Haus. Und wenn den unglückseligen Schuß ein Sonntagsjäger thut, dann ist man ja mit Entschuldigungen gleich bei der Hand. Die Mutter erhält eine Entschädigungssumme, der Jäger eine geringe Strafe und die nächste Treibjagd sieht den Schützen wieder in der Reihe stehen — er hat mehr Glück, da er einem Treiber nur einige Schrotkörner in die Waden sendet.

Schlimmer steht die Sache schon, wenn, wie dies vor wenigen Tagen auf einer Treibjagd bei Krimmitschau geschah, ein alter erfahrener Forstmann einen Treiber für ein Stück Wild ansah und denselben mit einem Schusse tödtete. Der Forstmann stellte sich sofort dem Gerichte; er wurde nicht in Haft behalten, aber er ist tiefsinnig ob seines Unglücks geworden. Auf einer verständigen Pürschjagd wäre dem alten Herrn so etwas nicht passirt.

Wer erinnert sich nicht, daß vielfach Soldaten, die berufen sind, ihr Leben für das Vaterland in die Schanze zu schlagen, bei den Treibjagden als Treiber benutzt worden, wovon der eine oder andere dem Wilde gleich angeschossen oder auch niedergeschossen worden ist, in der Blüthe seines Lebens.

Bedenkt man dies Alles, so erscheinen die Treibjagden in einem recht trüben Lichte. Massenmorde, welche den Blutdurst und die Rohheit unter den Menschen fördern, bei denen häufig genug auch Menschen zu Krüppeln geschossen oder getödtet werden — das sind die einzigen greifbaren Resultate solcher Jagden.

Keinerlei Förderung des Menschen in körperlicher und geistiger Hinsicht, wie dies bei den Pürchjagden gerühmt wird, und nicht ein poetisches Moment, wie dies bei den letzteren häufig zu verzeichnen ist.

Die Treibjagden müßten deshalb aus moralischen Gründen schon verboten werden. Das Volk aber ist leider durch die Noth gezwungen, derartige Treiberdienste zu leisten, sonst sollte es sich nicht dazu hergeben und den hohen und adligen Herren es selbst überlassen, sich gegenseitig ihre Opfer zuzutreiben und sich gegenseitig in die Beine zu schießen. Dann würde der Unfug schon bald von selbst aufhören.

Durch die Gesetzgebung wird ein Verbot schon deshalb nicht erfolgen, weil die Herren, die sich vorzugsweise an den Treibjagden betheiligen, der herrschenden Klasse angehören, welche den größten Einfluß auf die Gesetzgebung ausübt.

So muß man leider vorläufig der fortschreitenden Kultur, die schon so manche Rohheiten aus der Welt geschafft hat, es allein überlassen, auch hier regelnd einzugreifen.

Politische Uebersicht.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde über den Marineetat in zweiter Lesung berathen. Bei der Position Gehalt des Chefs der Admiralität entspann sich eine lebhafte Debatte, in der auch die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches besprochen wurde. Die nationalliberalen Redner betonten, daß man Alles das, was das Reich in Schutz genommen habe, schon im Interesse des Reiches auch behalten müsse. Darauf wurde von der liberalen Seite erwidert, daß der Reichskanzler selbst die Karolinen und auch Striche an der Westküste Afrikas aufgegeben habe. Dies sei verständiger, als ein „nationales“ Beginnen, durch welches man wegen öder Landflächen mit anderen Nationen in Konflikt komme. Höchst komisch wirkte es, als der Abg. Hammacher mit großem Pathos erklärte, daß er mit einigen Berliner Freunden durch einen fonds perdu von ca. 200 000 Mark, den sie für Angra-Pequena verwandt, die Würde des Deutschen Reichs aufrecht erhalten hätten. Mit Recht wurde ihm entgegnet, daß es eine nette Kolonial-Bewegung sei, die nur dann existiren könne, wenn ein paar reiche Leute für sie einträten. Eine solche Kolonisation sei nichts werth und es sei schade um die Opfer, die man ihretwegen von dem deutschen Volk verlange. Trotz solcher Angriffe stimmten natürlich auch die Deutsch-Freisinnigen für die Bewilligung des betreffenden Paragraphen, während die Sozialdemokraten völlig theilnahmlos diesen im Voraus durch die Budgetkommission festgesetzten Abstimmungen gegenüber sich verhielten. Bemerkt wurde, daß der Chef der Admiralität sich in Generalsuniform befand, während der frühere Marineminister von Stosch in der Admiralitätsuniform im Reichstage bei Berathung des Marineetats erschien. Man nahm an, daß Herr v. Caprivi sich in der Marineuniform nicht recht behaglich fühle und sich nach einem Militärkommando zurücksehne. — Bei dem Kapitel Werftbetrieb beklagte der Abg. Liebknecht sich über die Behandlung der Werftarbeiter, besonders darüber, daß man auf der Werft keine Arbeiter über 40 Jahren mehr annehme und daß besonders bei den Entlassungen diejenigen Arbeiter „bevorzugt“ würden, welche sozialistische Anschauungen hätten. Dann seien auch Visitationen der Arbeiter

---

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart

von

Karl Zielke. [15

[Nachdruck verboten.]

Er ging mit dröhnenden Schritten auf und nieder, immer und immer wieder tauchten jene Gedanken vor ihm auf. Er hatte die väterliche Autorität dahingegeben, er hatte mit seinem Sohne getrunken und gescherzt, ihn nicht wie seinen Sohn, sondern wie einen Zechkumpan behandelt, und heute wollte sich dieser Zechkumpan nicht wieder in die Rolle eines gehorsamen Sohnes zurückdrängen lassen. Er wollte mit seinem Vater verkehren, wie er mit seinen Genossen aus dem Restaurant verkehrte, und von seinem Standpunkte aus hatte er auch das Recht hierzu. Der Vater hatte die Gesetze der Natur verletzt, er hatte die Zügel fahren lassen, jetzt konnte er sie nicht mehr ergreifen. Wie tief bereute er es jetzt, seinen Respekt vergeben zu haben, er dachte jener unglückseligen Stunde, er hätte verzweifeln mögen, weil er seinen Sohn in verschiedenen seiner Geschäftsaktiken eingeweiht hatte.

Wie sehr er auch sann, nach welcher Richtung hin er auch überlegte, es kam ihm kein rettender Gedanke, er hätte der Frau Wilson so gern eine erfreuliche Mittheilung gemacht, er durfte es nicht wagen, denn sein Sohn war im Stande, ihn jeden Augenblick Lügen zu strafen. Was wären die Folgen gewesen? Wie sollte er es ertragen, wenn jene Frau ihn einen Lügner genannt hätte?

Wenn er nur gewußt hätte, ob sein Sohn das junge Mädchen wirklich liebte! Bei dem unbestimmbaren Charakter desselben war auf diese Frage nur schwer eine Antwort zu geben. War es nur eine gewöhnliche Tändelei, ein Spiel der Galanterie, welches er mit Regina getrieben hatte, oder war es ein Gefühl wirklicher, wahrer Zuneigung, welches ihn zu ihr getrieben hatte? Er wußte es nicht, ja er wagte es nicht einmal, eine direkte, offene Frage an seinen Sohn zu richten. Als er spät in der Nacht sein Lager aufsuchte, um im Schlafe Linderung seiner Qualen zu suchen, da waren es wirre, beängstigende Träume, die ihn umgaukelten. — — —

Die beiden Damen hatten schweigend und verstimmt den Weg nach ihrer Wohnung zurückgelegt.

Frau Wilson hatte bestimmt darauf gerechnet, daß ihr der Kommerzienrath heute eine feste Zusage machen würde, ihr persönlich war an der Sache weniger gelegen, sie sah aber, daß ihre Tochter unter der Ungewißheit über das Schicksal ihrer Liebe sehr litt und dies allein bestimmte sie, den Kommerzienrath wenigstens indirekt zu einer Entschließung zu drängen.

Sie wußte es selbst nicht, ob sie den Mann liebte. Er war ihr angenehm, sie verkehrte gern in seiner Gesellschaft; er hatte, wenn er wollte, etwas Vertrauenerweckendes. Sie hatte es nicht nöthig, ihn seines Geldes wegen zu heirathen, denn ihre eigenen Vermögensverhältnisse waren durchaus glänzender Natur.

Nur eins verstand sie nicht. Sie konnte es sich nicht erklären, daß ihre Tochter mit einer fast wahnsinnigen Zärtlichkeit an dem jungen Winkler hing, sie als welterfahrene Dame hatte Wesen und Natur des jungen Mannes längst durchschaut, sie hatte es für ihre Pflicht gehalten, ihre Tochter auf die Fehler und Schwächen ihres Auserkorenen in durchaus verständlicher Weise aufmerksam zu machen, merkwürdiger Weise hörte das junge Mädchen diesmal auf die mütterlichen Ermahnungen durchaus nicht. Sie war bis dahin stets eine folgsame und gehorsame Tochter gewesen, die Wünsche ihrer Mutter waren ihr Befehle, nur jetzt zum ersten Male zeigte sie einen fast wilden Trotz, und allen Reden, allen Vernunftgründen gegenüber blieb sie stumm, sie wollte den jungen Winkler heirathen, und wenn die ganze Welt darin übereinstimmte, daß er der verworfenste Mensch sei. Frau Wilson suchte vergebens nach einem Grund für die ganz plötzlich aufgetretene Zuneigung; unzählige Male hatte sie die Person des jungen Menschen in ihrem Geiste Revue passiren lassen, und jedesmal fand sie weniger Gründe für das Verhalten ihrer Tochter. Es erschien ihr gänzlich unerklärlich, wie ein junges Mädchen von der Erziehung ihrer Tochter ihr Herz an einen solchen Mann verschenken konnte. Aber mit der Zärtlichkeit und der Nachsicht, die vielen Müttern ihren Töchtern gegenüber eigenthümlich ist, beschwichtigte sie ihr eigenes Herz, welches ihr fortwährend sagte, daß ihre so heiß geliebte Tochter auf Irrwegen wandle; sie erblickte in ihrer Tochter nur ihr eigenes, verschöntes Ebenbild, ihr glühendes Verlangen war eben nur, ihre Tochter glücklich zu sehen.

Regina hatte während der ganzen Fahrt kein Wort gesprochen. Sie blickte traumverloren durch die angelaufenen Scheiben des Wagens auf die Straße, ihre Mutter hatte einige Male versucht, ein Gespräch anzuknüpfen, sie hatte stets mit stummem Kopfschütteln geantwortet.

Zu Hause angekommen, wollte Regina sich sofort zur Ruhe begeben. Ihre Mutter hielt sie zurück, das junge Mädchen sah so blaß und bekümmert aus, daß Frau Wilson wenigstens den Versuch machen wollte, ihre Tochter, wenn auch nicht aufzuheitern, so doch wenigstens etwas zu zerstreuen.

„Komm' her, mein Kind,“ sagte sie zu ihr, „setz' Dich ein wenig zu mir, und laß uns plaudern wie in guten Tagen.“

Regina ließ sich zu den Füßen ihrer Mutter nieder, sie verbarg ihren Kopf in den Schooß derselben und begann bitterlich und heftig zu schluchzen. Frau Wilson strich sanft und leise über das weiche, wellige blonde Haar, sie wollte den ersten wilden Schmerz austoben lassen, um dann noch einmal in ruhiger, gelassener Weise die Sache mit ihrer Tochter zu besprechen.

Immer heftiger und krampfhafter wurde das Schluchzen des jungen Mädchens, Frau Wilson hob ihr endlich den Kopf empor und sah liebevoll in das schmerzerfüllte, thränenübergossene Antlitz.

„Regina,“ sagte sie bittend, „sei kein Kind, Du darfst Dich Deinem Schmerze nicht in dieser leidenschaftlichen Weise überlassen. Fasse Muth, ich verspreche Dir, daß ich die Sache schließlich doch noch zu einem guten Ende führen werde!“

Regina schüttelte abwehrend den Kopf und ließ wieder das Gesicht sinken.

vorgekommen, die man in allen anständigen bürgerlichen Etablissements unterlasse. Der Marineminister hielt die Visitationen sowohl, als die Nichtanstellung der Arbeiter über 40 Jahre für nothwendig und stand den Klagen der sozialistischen Abgeordneten kühl bis ans Herz gegenüber. Der Süßholz raspelnde Fortschrittsabgeordnete Hänel machte dem Marineminister eine ganze Fluth von Komplimenten und schob etwaige Unregelmäßigkeiten und Härten den Unterbeamten am Werftbau zu. Das allerdings ist recht billig. Natürlich wurde der betreffende Passus bewilligt.

Recht charakteristisch für die Ansichten, welche in den Kreisen der Großgrundbesitzer über das Branntweinmonopol herrschen, waren die Reden einiger Theilnehmer an der Generalversammlung deutscher Spiritusinteressenten, von welcher wir in unserem Blatte gestern bereits kurz berichteten. Der Referent über den Monopolentwurf, Rittergutsbesitzer v. Tiedemann (Kranz bei Bomst) sagte u. A.:

„Es ist ja möglich, daß durch das Monopol einige Existenzen vernichtet werden, es ist möglich, daß eine Anzahl Brenner zu Grunde gehen, für uns kommt es jedoch in erster Reihe darauf an, daß wir nicht ruinirt werden. (Beifall und stürmische Unterbrechung. Rufe: Die Brenner sind auch Staatsbürger!) Die Landwirthschaft seufzt unter einer Krisis, die eine baldige Abhilfe erheischt. In dem Branntweinmonopol erblickt die Landwirthschaft zunächst eine Hebung der Spiritus-Industrie und damit der gesammten Landwirthschaft."

Hierauf replizirte der Spiritusfabrikant Lehmann (Kiel), Vorsitzender des konservativen Provinzialvereins von Schleswig-Holstein ungefähr folgendermaßen:

„Mir scheint es, man giebt vor, für das Wohl des armen Mannes einzutreten, in Wirklichkeit tritt man aber ein für seine eigene Tasche. (Furchtbarer, lang andauernder Lärm. Rufe: Schluß! Schluß!) Der Trunksucht werden Sie durch das Monopol niemals steuern. (Widerspruch.) Dem Laster der Trunksucht ist nur durch eine hohe Konsumsteuer zu begegnen. (Beifall und Widerspruch.) Meine Herren! Ich habe es immer für meine Pflicht gehalten, an meinem Theile dazu beizutragen, daß die Worte unseres kaiserlichen Herrn: es müsse für die Sicherstellung der Zukunft der Arbeiter Sorge getragen werden, zur Wahrheit werden. Allein wenn man in dieser Weise weiter vorgehen will und derartige Anforderungen an den Staat stellt, dann weiß ich nicht, woher der Staat das Geld nehmen soll, um Institutionen zu schaffen, die geeignet sind, die Zukunft des Arbeiters sicher zu stellen. (Stürmischer Beifall und heftiger Lärm, Rufe: Aus den Monopoleinnahmen.) M. H. Die Sache liegt so. Man giebt bei jeder Gelegenheit vor, für das Wohl des armen Mannes einzutreten, in Wirklichkeit theilt man sich aber stets in den Rock des armen Mannes. (Furchtbarer, lang andauernder Lärm. Rufe: Schluß! Schluß!) M. H. Ich bedauere, daß die Frage hier von einem politischen Parteistandpunkt behandelt worden ist. (Beifall und Lärm.) Ich weise diesen Vorwurf von meiner Partei zurück. (Beifall und heftiger Lärm.) Ich ersuche Sie, fordern Sie vom Staate alles, was geeignet ist, der deutschen Landwirthschaft aufzuhelfen. Stellen Sie aber nicht eine Forderung, die den anderen Berufsklassen zum Schaden gereichen muß. (Stürmischer Beifall und Lärm.) . . ."

Die „Germania", welcher wir die vorstehenden Aeußerungen entnommen haben, bemerkt dazu: „Es bedarf nur noch des Zusammenplatzens solcher Gegensätze auf einigen Versammlungen der sonstigen „leitenden" Klassen und es geht bei der Masse des Volkes der letzte Rest von Glauben und Respekt in Bezug auf soziale Ehrlichkeit verloren. Die Urheber dieses Verderbens sind aber Diejenigen, welche solche Umwälzungen, wie das Monopol, projektiren, nicht Diejenigen, welche abwehren." — Wir begnügen uns damit, diese Auslassungen hier zu registriren, weil sie in jeder Beziehung höchst lehrreich sind.

Deutschland marschirt an der Spitze der „Zivilisation", daran ist, wie nachstehende Geschichte lehrt, nicht mehr zu zweifeln. Die rumänische Hauptstadt Bukarest soll befestigt werden und zu diesem Zweck hat die Regierung dieses Landes sich entschlossen, Panzerthürme anfertigen zu lassen. Um nun aber zu erfahren, wer die gediegensten Panzer herzustellen vermag, sind die Vertreter der zwei bedeutendsten Firmen in diesem Genre eingeladen worden, je einige Thürme herzustellen, an denen dann zunächst ein Probeschießen vorgenommen werden solle. Das ist jetzt geschehen; eine französische Fabrik und Herr Gruson aus Magdeburg haben ihre Panzerthürme zur Verfügung gestellt. Die Schießversuche haben nun ergeben, daß das Gruson'sche System sich bewährt hat, indem 71 Projektile nicht vermochten, den Panzer erheblich zu schädigen, während der französische Thurm schon nach 30 Treffern übel zugerichtet war. Darob jetzt großer Jubel unter allen Jüngern der „edlen" Kriegskunst und alle modernen „Barden" wetteifern miteinander, diesem großartigen Ereigniß ihr Hallelujah darzubringen. Jetzt wird es natürlich Aufgabe der Technik sein, ein Geschütz zu konstruiren, welches den ganzen Panzerthurm auf einmal zertrümmert und wenn das gelungen ist, so gilt es wiederum, einen stärkeren Panzer zu erfinden. Der Höhepunkt aller Kultur dürfte demnach erst dann erreicht sein, wenn eine Maschine erfunden ist, welche auf einmal ein ganzes Armeekorps oder eine ganze Festung in die Luft fliegen läßt. Wie lange mag's noch dauern, bis diese „herrliche" Perspektive erreicht ist?

Ein National-Liberaler über das Sozialistengesetz. Der Reichstagsabgeordnete Buhl äußerte sich kürzlich in einer Versammlung in Sachsen über das Sozialistengesetz und machte nach dem „Leipziger Tageblatt" folgende Bemerkungen: „Die zweite brennende Frage des Reichstages sei die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Ueber die Wirkung des Gesetzes sei die Meinung verschieden; er persönlich sei immer der Meinung gewesen, daß dasselbe nicht im Stande sei, die Sozialdemokratie auszurotten, dagegen habe es die Wirkung gehabt, die geographische Ausbreitung zu verhindern, und diese Wirkung ist auch für die Arbeiter eine glückliche. Aus glücklichen Menschen machte die Sozialdemokratie unglückliche, weil sie unzufriedene Menschen schafft. Nimmt man dem Arbeiter seine Arbeitsfreudigkeit und seine Zufriedenheit: so nimmt man ihm sein Glück, und deshalb ist das Sozialistengesetz kein arbeiterfeindliches, sondern arbeiterfreundliches Gesetz. Dasselbe legt uns aber auch die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden. Der Reichstag werde auf dem betretenen Wege fortfahren, und nachdem er das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz bereits geschaffen, sei er jetzt mit einem solchen für die landwirthschaftlichen Arbeiter beschäftigt. Unsere Bestrebungen werden im Auslande gewürdigt und andere Nationen werden auf der von uns betretenen Bahn nachfolgen; es werden bei uns natürlich auch Fehler gemacht, sie werden sich aber mit der Zeit abändern lassen. Auch in Fragen des Arbeiterschutzes wolle man gern die berechtigten Interessen anerkennen, doch sei es Grundsatz der Partei, vor der Entschließung erst ernstlich zu prüfen." — Die Sozialdemokratie schafft unzufriedene Arbeiter! Die Konservativen haben bis jetzt immer behauptet, die Liberalen hätten die Unzufriedenheit unter den Arbeitern durch ihre manchesterliche Gesetzgebung geschaffen, und die Sozialisten erklären, die Ursache von der Arbeiterunzufriedenheit seien die gegenwärtigen schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse, unter denen vorzugsweise die Arbeiter ein trauriges Leben führen müßten. Sind doch gegenwärtig auch die Fabrikanten recht unzufrieden, die doch den Sozialisten feindlich gegenüberstehen und auf welche deshalb die Sozialdemokratie keinen Einfluß ausübt! Natürlich werden auch für diese Unzufriedenheit die Sozialdemokraten vom Nationalliberalismus verantwortlich gemacht, der dem alten Greise vergleichbar, „der sich nicht zu helfen weiß." Sollte einmal ein Brunnen vergiftet werden, so haben dies Sozialdemokraten gethan, ist das Wetter andauernd schlecht, so ist dies Schuld der Sozialdemokratie, daß die Trichinosis und die Diphtheritis große Opfer fordern, das hat die Sozialdemokratie verbrochen — weiter weiß sich der lendenlahm gewordene, am marasmus senilis erkrankte Nationalliberalismus nicht zu helfen. Im Uebrigen unterscheidet sich der Abg. Buhl von seinen Kollegen zu seinem Vortheil dadurch, daß er noch ziemlich laut zu brüllen versteht.

Die „Freisinnige Zeitung" leistet sich in ihrer gestrigen Nummer folgenden Blödsinn:

„In einer Zeit der Arbeitslosigkeit nimmt es sich seltsam aus, die sozialistischen Agitatoren von dem Normalarbeitstag sprechen zu hören. Diese Agitatoren suchen es fälschlich so darzustellen, als ob die für viele Arbeiter mangelnde Arbeitsgelegenheit eine Folge der Ueberarbeitung der beschäftigten Arbeiter sei. Seltsam kontrastirt auch mit der Forderung, behufs Beseitigung der Arbeitslosigkeit alle geplanten Staatsbauten in Angriff nehmen zu lassen, die bei anderen Gelegenheiten stets erfolgte bestimmte Ankündigung der Bauhandwerker, im nächsten Sommer einen großen Streik, also eine künstliche Arbeitslosigkeit, behufs Erhöhung des Lohnes herbeizuführen."

Das Organ des „Volksmannes" Eugen Richter empfindet natürlich keine Scham, wenn es derartige Schwindeleien und Denunziationen verübt. Ein Kommentar wäre zu diesem widerwärtigen Gebahren verfehlt, es genügt, die Leistung niedriger zu hängen, was hiermit geschieht.

Gegen die Wahl Stöckers ist bekanntlich ein Protest erhoben worden, den man der Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses überwiesen hat. Der Protest stützt sich auf die Thatsache, daß sich unter den konservativen Wahlmännern fünf Herren befanden, die als Angehörige eines außerpreußischen Staatswesens gar nicht wahlberechtigt waren, und er muß um so schwerer ins Gewicht fallen, als die Konservativen in den beiden angefochtenen Wahlen mit äußerst geringer Majorität, bei der Wahl Meyers nur mit einer Stimme, siegten. Seiner Zeit haben die orthodoxen Pastoren, Herr Stöcker voran, den Ausfall der letzten Landtagswahlen in jenem Wahlkreise als einen „Sieg des Herrn" gefeiert. Es wäre interessant, wenn das preußische Abgeordnetenhaus diesen „Sieg des Herrn" für null und nichtig erklären würde.

Reichstagsauflösung? Eine hiesige Zeitungs-Korrespondenz verbreitete gestern folgende ihr von „ausgezeichneter Seite" zugehende Notiz: Die Vorlage betreffend das Branntwein-Monopol hat eine umfassendere, einschneidendere Bedeutung, als man in parlamentarischen Kreisen annimmt. Von ihrer Annahme oder Ablehnung hängt nämlich das Schicksal des gegenwärtigen Reichstags ab. Seitens der Regierung [illegible] Alles versucht werden, durch kirchenpolitische Konzessionen [illegible] Zentrum gefügig zu machen. Sollten jedoch, was mehr [illegible] scheinlich ist, diese Bemühungen fehlschlagen und das Mo[illegible] abgelehnt werden, so wird der Reichstag sofort aufgelöst werden. — Wir halten das für pure Flunkerei!

Tabaksgewichtssteuer. Bezüglich der Abänderung [illegible] Regulativs über Kreditirung der Tabaksgewichtssteuer [illegible] tragen die Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und Handel und Verkehr: Der Bundesrath wolle beschließen, daß § 1, Abs. 2 des Regulativs vom 16 Juni [illegible] betreffend die Kreditirung der Tabaksgewichtssteuer folgenden Zusatz erhält: „auch kann Demjenigen, an welchen inländischer Tabak aus Niederlagen mit Versandtschein II versandt ist, [illegible] A trag die Tabaksgewichtssteuer, falls dieselbe 100 Mark [illegible] mehr beträgt, bis zum 25. des dritten Monats nach [illegible] Monat, in welchem der betreffende Betrag fällig geworden [illegible] kreditirt werden."

Aufbesserung der Beamtengehälter in Preußen. Die angekündigte Aufbesserung der Gehälter verschiedener bisher nicht berücksichtigter Kategorien von preußischen Beamten kommt u. A. in den Etats der Forst- und Eisenbahnverwaltung durch folgende Zahlen zum Ausdruck: die Mehrausgabe im Forst-Etat betragen 402 200 M., von denen 104 430 M. [illegible] die Erhöhung des Gehalts der Oberförster (+ 150 M. pro Stelle) und 253 725 M. auf die Erhöhung des Gehalts der Förster (+ 75 M. pro Stelle) entfallen. Im Eisenbahnetat ist eine Erhöhung des Gehalts der Werkstättenvorsteher (im Durchschnitt um 250 M), der Packmeister (um 75 M.), Rangir- und Wagenmeister (um ebenfalls 75 M.) und Weichensteller I. Klasse (um 250 M.) vorgesehen, wodurch [illegible] Mehraufwand von ca. 440 000 M. verursacht wird. Die [illegible] führer werden mit dem Wohnungsgeldzuschuß in eine [illegible] Abtheilung (IV) des Tarifs versetzt. Bemerkenswerth ist, [illegible] die Löhne der Arbeiter nach den Sätzen des vergangenen Jahres veranschlagt sind, nur für einzelne Klassen [illegible] Strecken, namentlich in den Industriebezirken ist eine [illegible] Steigerung vorgesehen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Wiener Magistrat erließ am 23. d. M. folgende Bekanntmachung: Zur Vermeidung der Ansammlung von Arbeitern vor dem Rathhause wird bekanntgegeben, daß [illegible] eine Aufnahme von Arbeitern zur Straßenreinigung nicht [illegible] findet, da die Straßensäuberung im ersten Bezirke von der Allgemeinen österreichischen Transportgesellschaft besorgt, in den übrigen Wiener Gemeindebezirken von den Besitzern durchgeführt wird. — Demnach läßt die Wiener Gemeindebehörde sogar den Straßenschmutz zum Theil von [illegible] Aktiengesellschaft beseitigen, eine Thatsache, welche keineswegs geeignet ist, ein gutes Licht auf diese Stadtweisen zu [illegible] Die Gesellschaften müssen also auch noch aus der Arbeit der Straßenreiniger Profit herausschlagen.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer beschäftigte sich mit dem Antrag, fremde Arbeiter von Staatsarbeiten auszuschließen. Die Kammer beschloß, den Antrag zu verwerfen und ihn mit dem auf Erhebung einer Fremdensteuer zu verbinden. Die äußerste Linke beschloß in einer Versammlung, die Wahlvergehen und die Aufstände der Araber aus der Amnestievorlage zu entfernen. — Damit wäre das Schicksal der Vorlage besiegelt, da die Rechte dieser Kürzung sicher nicht zustimmen wird.

— Die Untersuchung hat noch immer keine sichere Spur von den Urhebern des Mordes, welchem der Präfekt Barandon zum Opfer fiel. Es scheint, daß mehrere zum Komplott gehörten, daß der Thäter vielleicht nur gedungen war. [illegible] diesem ist ein Herr verdächtig, welcher am Abend in Paris auf der Station sich erkundigte, ob der Präfekt sich auf dem Zuge befinde, sowie ein älterer, durchaus elegant gekleideter Mann, welcher am Abend vor dem Morde in auffälliger Weise auf die Ankunft des Zuges von Paris wartete und dann verschwand. Es heißt, das bei der Beschlagnahme der Schreibstücke des Präfekten durch die Behörden sich ein Haufen frisch verbrannter Papiere im Ofen befunden habe.

— Paris, 24. Januar. Gegern Morgen 9 Uhr wurde die Leiche der Mutter von Louise Michel auf dem Kirchhof Levallois-Perret ausgegraben und in ein besonderes Grabgewölbe gebracht. Nach der Ueberführung soll nun nach Berichten verschiedener Blätter Louise Michel zu den Anwesenden gesagt haben, sie werde mit Krapotkin nach Genf gehen und daselbst einige Zeit bleiben, von dort dann aber nach Berlin nach St. Petersburg als Vorkämpferin der internationalen Revolution gehen; wenn sie in Berlin gut aufgenommen wird, werde sie einige Zeit dort verweilen; wenn sie aber ihren Glaubensgenossen jedoch einen kalten Empfang erfahre, werde sie ungesäumt nach St. Petersburg gehen; auf jeden Fall werde sie in Briefwechsel mit den Freunden Frankreichs bleiben und ihr Mögliches thun, um die Grundsätze der internationalen Revolutionspartei zum Siege zu führen. — Wahrscheinlich beruht dieser Bericht auf Unwahrheit, da die Genannte sowohl als auch Fürst Krapotkin ganz gut wissen, daß sie aus Berlin sicher ausgewiesen würden und daß ihnen in Rußland Sibirien gewiß wäre.

Frau Wilson lächelte schwermüthig und sagte dann beruhigend:

„Nun, weine Dich nur aus, mein armes Kind, ich weiß es, daß die Liebe mit Schmerzen verbunden ist. Ich will ja nur Dein Bestes, und vor Deiner Mutter brauchst Du keine Geheimnisse zu haben. Sage mir Alles, was Dich quält, und wenn Du Dein Herz ausgeschüttet haben wirst, dann wirst Du sehen, daß Dein Unglück garnicht so schwer zu tragen ist."

„Mama, Du weißt ja garnicht, was mich quält, was mich bedrückt, ja, was mich fast wahnsinnig macht," entgegnete Regina, ohne den Kopf zu erheben und immer noch heftig schluchzend.

„Beruhige Dich nur, mein Kind," sagte Frau Wilson leise, „auch ich weiß, was die Liebe ist. Es ist zwar lange her, als ich gelitten habe wie Du, als auch ich weinte und trostlos war. Mein Kind, Alles geht vorüber, die Zeit wird auch Deinen Schmerz heilen, und vielleicht denkst Du schon nach verhältnißmäßig kurzer Zeit ganz anders über die Sache; es ist der erste Sturm, der über Dein junges Herz dahin weht, sei stark, mein gutes Kinn, sei meine muthige Tochter, überlasse Dich doch nicht so willenlos Deiner Leidenschaft."

Immer wieder schüttelte Regina den Kopf, sie wollte oder konnte die Trostgründe ihrer Mutter nicht ruhig anhören.

„Ihr jungen Mädchen seid wie unerfahrene Kinder", fuhr Frau Wilson fort, „Ihr glaubt immer, daß der Kummer, der Euch betrifft, der größte und schwerste der Welt ist. Weshalb weinst Du nur so? Du kannst doch nicht wissen, ob der Mann Deiner Wahl Dir nicht treu ist, es giebt tausend Zufälle im Leben, die einen jungen Mann abhalten können, momentane Pflichten der Galanterie zu erfüllen. Ich habe Dir niemals ein Geheimniß daraus gemacht, daß ich Deine Liebe nicht billigte, nachdem Du aber offen erklärt hast, daß Du niemals einem anderen Manne die Hand reichen würdest, habe ich mich dieser Thatsache gebeugt; ich will Deinem Glück nicht im Wege stehen. Bis jetzt hast Du aber auch noch gar keinen Grund, so tief unglücklich zu sein, Du machst Dir unnöthige Sorgen. Und wenn der Mann, den Du liebst, Deiner unwerth wäre, wenn er mit Deinen reinen Gefühlen gespielt hätte, dann mußt Du die Enttäuschung zu überwinden suchen. Zeige ihm nicht, daß Du leidest, Dein jungfräulicher Stolz darf das nicht zulassen, er muß und er wird zu Dir kommen, er wird Dich um Verzeihung bitten, wenn er Dich verletzt hat. Im anderen Falle liebt er Dich nicht, dann ist er Deiner unwürdig, dann vergiß ihn, reiße jede Erinnerung an ihn aus Deinem Herzen, Du, mein reines Engelskind, das ich stets behütet und geliebt habe wie meinen Augapfel, Du bist dann zu gut für ihn, Du darfst Dich nicht zum Spielball der Laune eines flatterhaften Mannes machen, der die ersten, heiligen Triebe des Weiberherzens gar nicht kennt, gar nicht zu achten und zu schätzen weiß."

Frau Wilson schwieg und wie segnend legte sie ihre Hand auf das Haar ihrer Tochter. Regina hatte zu weinen aufgehört; als die Mutter verstummte hörte man nur ihre schweren, seufzenden Athemzüge. (Forts. folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Viktoria-Theater.

R. C. Eine burleske Feerie, nach dem Französischen bearbeitet, ging vorgestern im Viktoria-Theater über die Bretter. Wir betonen ausdrücklich, daß diese Feerie dem Französischen entnommen wurde, denn derjenige, der den Titel derselben „Däumling" an den Anschlagsäulen las, konnte wohl schwerlich auf den Gedanken kommen, daß dieses allbekannte, undeutsche Märchen erst einem fremden Idiom entnommen werden mußte. Wenn nun auch die Kritik dem Texte einer Feerie gegenüber zu schweigen hat, so wollen wir doch nicht verhehlen, daß das Märchen durch die Bearbeitung des Herrn Stettenheim (dieser Herr hat den Text geliefert) durchaus nicht sinniger geworden ist. Die Stettenheim'sche Muse war stets nur an boshaftem Sarkasmus reich, auch diesen scheint sie jetzt eingebüßt zu haben, und sie [illegible] denselben wahrscheinlich durch abgestandene Kalauer ersetzen müssen.

Dahingegen war jedoch die Ausstattung geradezu [illegible] giltig. Man übersieht namentlich bei der ersten Aufführung [illegible] kleines Versagen des so überaus komplizirten Mechanismus [illegible] gern, man wurde dafür durch glänzende wirklich feenhafte Szenerien reichlich entschädigt. Im Großen und Ganzen machte das Stück allerdings den Eindruck, als ob es mehr für Kinder als für Erwachsene bestimmt war. Es ist einem Erwachsenen nicht gut zuzumuthen, sich für ein Märchen während des ganzen Abends zu interessiren, und wenn auch die Regie ihr Bestes that, [illegible] die Schaulust des Publikums rege zu halten, so schien [illegible] doch allmälig zu erlahmen. Wirklich reizende Bilder wurden im dritten Akt vorgeführt. Man glaubte sich in die [illegible] vergangenen Tage der Kindheit zurückversetzt, als der Reihe nach Rothkäppchen, Schneewittchen, Dornröschen in trefflich gemalten Bildern über die Bühne gingen. Einen ebenso überraschenden wie glänzenden Anblick bot die Stiefelkammer Moloch's [illegible] Letzten. Auch die Liliputaner Garde wirkte hochkomisch.

Geradezu Wunderbares im Tanzen leistete Fräulein Sojo. Geschwindigkeit und Eleganz der Bewegungen, [illegible] ungemeine Kraft im Spitzentanz zeichnen die Dame aus. Von den übrigen Darstellern erntete der kleine Dauder den meisten Beifall. Das dünne Stimmchen, die unerschütterliche Bravour des Miniatur-Künstlers rissen das Publikum mehrfach zu lebhaftem Beifall hin. Auch die kleine Gräning war allerliebst. Von den erwachsenen Mitgliedern verschafften [illegible] Fräulein Jeß und Fräulein Cormani die meiste Geltung.

Louisenstädtisches Theater. Der Heldentenor Herr Kaminski hat zu seinem Benefiz Beethoven's klassische Oper „Fidelio", die heute zugleich zum letzten Male in Szene geht, gewählt. Der verdienstvolle Sänger, dessen heroische Figuren sich des reichsten Beifalls stets zu erfreuen hatten, wird gewiß auch an diesem Abend der lebhaftesten Theilnahme des Publikums gewiß sein können.

Zur Heilung der Lungenschwindsucht. Die „Schweizer Grenzpost" bringt nach dem „Journal des Débats" folgende [illegible] würdige Geschichte, die wir reproduziren, ohne uns mit [illegible] Verantwortlichkeit dafür zu belasten: Seit die Forschungen Kochs es wahrscheinlich gemacht haben, daß die Lungenschwindsucht

Rußland.

Das „N. W. Tgbl." hat über Krakau die Nachricht von dem Mißlingen einer neuen Nihilistenverschwörung in Petersburg erhalten. Wir entnehmen seinem Berichte folgendes: Die Petersburger Polizei war durch ihre Spione schon vor ungefähr drei Monaten in Kenntniß gesetzt worden, daß sich in der Hauptstadt selbst eine neue Nihilistenverbindung gebildet habe, und rüstete sich, dieselbe einzufangen. In einem Hause an der Ecke der Moschaiskaja-Straße und des Klinski Perenlok (kleine Straße), nahe der Kirche des Jäger-Regiments, legten die Revolutionäre eine geheime Druckerei an, in welcher eine ziemliche Menge nihilistischer Flugschriften in leicht faßlicher, für das Begriffsvermögen des Bauernvolkes berechneter Darstellung angefertigt wurde. In dem letzten Monat kam die Herstellung einer Flugschrift anderer Sorte an die Reihe. Es war dies eine angebliche Proklamation des Zaren Alexander III. an die Bauern, welche sich auf das nahende 25jährige Jubiläum der Bauernbefreiung bezog; dieses Jubiläum fällt auf den 3. März (19. Februar a. St.). In dieser gefälschten Proklamation wird nun dem Zaren folgendes in den Mund gelegt: Sein in Gott ruhender Vater habe die Bauern von dem Drucke der Sklaverei befreit, allein die „Herren" hätten die väterlichen Pläne des großen Zaren wieder vernichtet. Er, Alexander III., werde nun, weil er die Liebe seines Vaters zum Volke theile, von den Adeligen in seinem Palast in Haft gehalten. Jetzt jedoch, aus Anlaß des Bauernbefreiungs-Jubiläums, schenke er den Bauern alles Land, sie möchten gegen die „Herren" aufstehen und nach Petersburg ziehen, um ihn, den Zaren, aus seiner Gefangenschaft zu befreien. So lautete die „Proklamation" — also wie gesagt, ziemlich altes Muster; allein sie eröffnete mehr als jedes andere Mittel die Möglichkeit, daß in der That Bauerndeputationen in großer Masse in Petersburg zusammenströmen und hier eine Demonstration veranstalten würden, deren Wirkung auf den Zaren selbst nicht abzusehen war. Bekanntlich wurde die feierliche Begehung des 3. März, zu welcher seitens offizieller und nicht offizieller Kreise schon seit Monaten die stärksten Zurüstungen im Gange waren, vor längerer Zeit plötzlich untersagt; auch den Zeitungen wurde es verboten, des Jubiläums auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Es läßt sich begreifen, daß dieses Verbot einer nationalen Feier großes und schmerzliches Aufsehen machte. Jetzt aber ist das Räthsel dieses Verbots gelöst — die Regierung fürchtete einen Nihilisten-Putsch. In der Nacht von dem 14. auf den 15. Januar (2. bis 3. a. St.) wurde endlich von der Polizei der lange vorbereitete Schlag geführt. Die Druckerei befand sich in dem Hofraum des erwähnten Gebäudes, in einem hölzernen, einstöckigen Schuppen. Bei Einbruch des Abends schlichen sich ca. 80 verkleidete Gendarmen einzeln in das Haus und besetzten in unauffälliger Weise alle Ausgänge, Treppen u. s. w. Als das Signal gegeben wurde, erbrachen die Polizisten die Thüren des Schuppens und fanden die Verschwörer, wohl an der Zahl, Männer und Frauen, in voller Arbeit. Die Nihilisten leisteten verzweifelten Widerstand, sie schlugen auf die Polizisten mit sogenannten Topory, das ist mit Beilen, los. Acht Gendarmen sind verwundet, davon einer schwer und sieben leicht; selbstverständlich war der Widerstand ein vergeblicher. Bei der Durchsuchung des Lokals wurden die Mitgliederlisten der Verbindung aufgefunden und seitdem mehrere Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich einige Offiziere und eine Schriftstellerin, Frau Dubrowin, Mitarbeiterin des „Swet".

Dänemark.

Ein Telegramm aus Kopenhagen meldete am Sonntag: „Der Präsident des Folkething, Berg, hat heute seine Gefängnißstrafe angetreten." Danach mußte man annehmen, daß Herr Berg sich schließlich freiwillig dem Urtheil des Gerichtshofes unterworfen habe. Das ist aber unrichtig; Herr Berg wurde, wie sein eigenes Blatt, „Morgenbl.", mittheilt, am Sonnabend von Gerichts wegen aufgefordert, sich zur Haft zu stellen, protestirte aber dagegen, weil die Regierung beim Folkething, ohne dessen Genehmigung während der Session kein Abgeordneter verhaftet werden dürfe, keinen darauf bezüglichen Antrag gestellt habe. In Folge dessen wurde er am Sonntag von der Polizei verhaftet und in's Gefängniß geführt.

Großbritannien.

Die in England gegenwärtig kursirenden Attentatsgerüchte dürften aus polizeilichen Quellen geflossen sein. Man kann fast die Vermuthung nicht zurückdrängen, daß es sich um eine abgekartete Polizeigeschichte handelt. In Dublin setzen die sogenannten „loyalen Unterthanen Ihrer Majestät" alle Hebel in Bewegung, um der verhaßten Nationalliga den Garaus zu machen und den Irländern den Rücken zu beugen; die Polizei ist dort von jeher nicht abgeneigt gewesen, dabei behilflich zu sein. Der konservativen Regierung — so mag man in gewissen Kreisen Dublins denken — dürften Attentate und Attentatsgerüchte willkommen sein in einem Augenblick, wo es gilt, die verhaßten Zwangsgesetze von Neuem durchzudrücken, und ein Attentat auf den Thronerben dürfte auf die schwankenden Gemüther im Parlament unfehlbar Eindruck machen. Wenn aber derartige Attentate in Wirklichkeit von einzelnen Fanatikern Irlands geplant sein oder versucht werden sollten, so wäre das im Interesse des irischen Volkes sehr zu bedauern, gleichwohl könnte man aber niemals das gesammte Volk für die Thaten Einzelner verantwortlich machen. Solche Ausschreitungen sind auch durch Ausnahmegesetze nicht zu verhüten, wohl aber sind die letzteren dazu angethan, den Haß zu schüren, und so dem Fanatismus die Wege zu ebnen.

---

sucht durch Mikroben hervorgerufen wird, haben sich die Mediziner viele Mühe gegeben, die schreckliche Krankheit durch direkte Bekämpfung dieser winzigen Wesen zu heilen. Ein italienischer Arzt, Professor Catani, hat die Aufgabe auf einem neuen Wege zu lösen versucht. Nach dem Grundsatze, daß man den Teufel nur mit dem Beelzebub vertreiben kann, läßt er auf die Mikroben Bakterien los und macht so die Lunge zum Schlachtfeld der unendlich Kleinen. Bekanntlich leben die Mikroben unter sehr verschiedenen ja entgegengesetzten Bedingungen; eine Art stirbt in der Luft, die andere lebt nur in der Luft, die eine findet nur in diesem, die andere nur in jenem Körpertheil ihr Fortkommen. Gelingt es, dem Mikroben, der die Lungentuberkulose hervorruft, einen anderen auf den Hals zu hetzen, der unschädlich ist, so braucht der Kranke nur diesen einzuhauchen und die Heilung geht von statten. Catani hat nun einen soliden und energischen Bacillus entdeckt, der mit dem Tuberkelbacillus kurzen Prozeß macht. Versuche an gesunden Thieren ergaben, daß dieser Bacillus, Bacterium termo genannt, kein Krankheitserzeuger ist, obgleich er einen leichten Eiterungsprozeß hervorbringt. Daraufhin ließ Catani tuberkulose Thiere den mit Bacterium termo geschwängerten Dampf einathmen; der Auswurf war anfangs eiterig und es fanden sich darin eine Menge von Tuberkel Bacillen, dann aber verschwanden diese. Weiterhin enthielt der Auswurf nur noch Bacterium termo, und schließlich hörte der Auswurf ganz auf. Ein Arzt in Pisa, Herr Salama, wendete nun die neue Methode auf den Menschen an. Ein Kranker, der in der linken Lungenspitze eine große Höhlung hatte, begann am 17. Juli Bacterium termo einzuathmen; schon nach fünf Tagen fand sich der Patient erleichtert, und vom 2. August an enthielt sein Auswurf keine Tuberkel-Bacillen mehr, sondern nur noch Bacterium termo. Auch die Reblaus hat man auf ähnliche Weise ausrotten wollen, wie Catani die Tuberkel-Bacillen. Man suchte ihre natürlichen Feinde auf und setzte sie auf die Reben. Der Versuch gelang, die Reblläuse wurden völlig vernichtet, aber bevor das geschehen war, hatten die Feinde im Wetteifer mit den Reblläusen auch die Reben gänzlich zerstört. Hüten wir uns, sagt Henri de Parville im „Journal des Débats", daß es mit der Bacteriotherapie nicht ebenso gehe; es könnten die feindlichen Mikroben erst den Kranken tödten, bevor sie sich unter einander auffressen.

Lokales.

Die Zuschüttung des verrufenen „Grünen Grabens", welche der Fiskus in den Jahren 1883—84 ausführen ließ, hat insgesammt 95 575 M. Kosten verursacht. Aber aus den durch die Zuschüttung des Grabens verfügbar gewordenen Ländereien hat der Staat bis gegen Ende September des vorigen Jahres nicht weniger als 1 539 209 M. 85 Pf. gelöst und dabei ist noch nicht alles Land verkauft. So weit das Grabenland an bereits vorhandene fiskalische Grundstücke angrenzte, wie beispielshalber beim Abgeordnetenhause und beim sogenannten Kabinetshause, da wurde das betreffende Stück jenen Häusern überwiesen. Der Fiskus hat also mehr als das Fünfzehnfache der gehabten Kosten durch die Grundstücksverkäufe gewonnen.

Von beachtenswerther Seite schreibt man der „Voss. Ztg.": Ich kann von meinem Fenster aus den Schulhof einer hiesigen höheren Lehranstalt, deren Namen vorläufig noch nicht genannt sein möge, da vielleicht an anderen Schulen Aehnliches vorkommen mag — übersehen. Der vorige Donnerstag zählte trotz des heftigen Schneefalles in der voraufgegangenen Nacht zu den schönsten Wintertagen, welche ich je erlebt; wir hatten + 1° R., eine klare, völlig unbewegte Luft, den schönsten Sonnenschein, und dabei an einigen Stellen der Stadt — so auch in der nächsten Umgebung der genannten Schule — Landschaftsbilder, wie sie uns in Berlin selten geboten werden. Zu meinem Erstaunen mußte ich sehen, daß der Hof des Schulgrundstücks nicht gefegt war. Man hatte sich, wie ich durch das Opernglas wahrnehmen konnte, begnügt, einen schmalen Gang von der Thür des Schulhauses nach den Aborten herzustellen. Als die Schüler um 9 Uhr fröhlich hinausgestürmt kamen, gings nun lustig in den tiefen nassen Schnee hinein, und als ihnen dies — anscheinend von einem Lehrer — verboten wurde, standen sie Kopf an Kopf gedrängt in dieser und der nächsten sogen. „langen" Pause in dem erwähnten engen Gange, um dem Treiben der Spatzen zuzuschauen, welche das ihnen hingeworfene Futter aus dem Schnee heraussuchten. Da meiner Schätzung nach nur etwa hundert Knaben in dem Gange Platz fanden, so waren die übrigen gezwungen, sich in den Klassenzimmern aufzuhalten. Erst nach 10 Uhr gingen zwei Männer daran, einige schmale Wege auf dem Hofe auszuschippen, ganz unzureichend, auch nur einem Theile der Schüler freien Raum zu gewähren. Tags darauf (Freitag) habe ich trotz des anhaltenden Schneefalls nicht wahrnehmen können, daß die am vorigen Tage angelegten wenigen Gänge wieder gefegt worden wären. Offenbar liegt hier eine — gelinde ausgedrückt — Bequemlichkeit des betreffenden Schuldieners vor, und um dieser willen müssen gegen 700 Schüler entweder auf den ihnen so nothwendigen Genuß der frischen Luft während des ganzen Vormittags verzichten, oder aber sich nasse Füße holen, mit denen sie dann stundenlang still zu sitzen haben. Ich möchte wohl wissen, wie viel Schüler während der letzten Tage in der betreffenden Schule „wegen Erkältung" gefehlt haben mögen; denn es müssen schon sehr robuste Naturen sein, welche dergleichen ertragen, ohne Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen. Was nützt es uns, daß wir zu Hause nach Kräften für das Wohlbefinden unserer Kinder sorgen, wenn die Gesundheit derselben durch die Schule in so rücksichtsloser Weise aufs Spiel gesetzt wird! Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eines anderen Umstandes Erwähnung thun! Weder an der genannten Schule noch an zwei anderen städtischen Schulanstalten, vor denen mich mein täglicher Weg zwischen 1 und 2, bez. 4 und 5 Uhr vorüber führt, ist je ein Fenster geöffnet; auch die Luftklappen, welche sich in einzelnen Fenstern befinden, sind verschlossen oder höchstens diese und jene einmal — also offenbar ganz zufällig — geöffnet. Was würden wir wohl sagen, wenn eine Hausfrau nicht täglich die Fenster der Wohn- und Schlafzimmer für einige Zeit öffnete! Und die Schulzimmer, in denen sich durchschnittlich 20 Mal so viel Menschen aufhalten müssen, als in einem Wohnraume, werden nicht regelmäßig gelüftet!! Liegt hier wieder eine Bequemlichkeit der betreffenden Schuldiener vor oder ist das Oeffnen der Fenster nach Schluß des Unterrichts im Winter untersagt? Sollte letzteres der Fall sein — was kaum anzunehmen ist —, so läge eine vollständige Verkennung der einfachen Gesetze der Gesundheitspflege vor. Je nach dem Grade der Temperatur würde ein viertel- bis halbstündiges Offenhalten der Fenster und Thüren genügen, um eine vollständige Lufterneuerung herbeizuführen und das Schulzimmer genügend zu desinfiziren; dabei würden die Wände durchaus nicht so stark abgekühlt, daß ein erhöhter Verbrauch von Brennmaterial einzutreten hätte, ganz abgesehen davon, daß ein gut gelüftetes Zimmer sich besser heizt, als ein ungelüftetes. Verursacht es aber auch wirklich pro Schule einige Tonnen Kohlen mehr, so dürfte das den gesundheitlichen Vortheilen gegenüber gar nicht ins Gewicht fallen. Die städtische Verwaltung, welche gerade auch nach der gesundheitlichen Seite in Berlin die größten Fortschritte aufzuweisen hat, würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie — nöthigenfalls unter Androhung von Ordnungsstrafen gegen die Säumigen — strenge Vorschriften bezüglich der angeregten Fragen erließe und gleichzeitig für die erforderliche Kontrole sorgte. Es handelt sich um die Gesundheit von Tausenden von Kindern, die in nicht zu verantwortender Weise aufs Spiel gesetzt wird. Noch möchte ich endlich darauf aufmerksam machen, daß weniger Erkältungen vorkommen würden, wenn die kleineren Kinder im Winter nur mit dem Mantel bekleidet das Klassenzimmer verlassen dürften.

Die Verhältnisse in den Staatswerkstätten gestalten sich von Jahr zu Jahr ungünstiger. Einen eklatanten Beweis hierfür liefert die Reparatur-Werkstatt der Anhalter Bahn bei Tempelhof. Bis vor einigen Jahren hatte diese Werkstatt als Chef den Maschineninspektor Stösger, einen sehr humanen Beamten, dem stets das Wohl seiner Arbeiter am Herzen lag. Ihm war der gewöhnlichste Arbeiter eben so lieb wie ein Werkmeister, auch sah er darauf, daß die Leute etwas verdienten. Dieses änderte sich aber sofort, als ein neuer Chef an seine Stelle trat. Gleich das Erste nach dessen Dienstantritte war eine bedeutende Reduzirung der Akkordpreise; z. B. bei den Lackirern der Werkstatt. Sodann wurde jedes, auch das kleinste Vergehen der Arbeiter auf einer offen ausgehängten schwarzen Tafel „angekreidet" und außerdem nicht selten mit einer Geldstrafe von 1—3 Mark belegt. Bis Mai v. J. wurde den Arbeitern der Verdienst halbmonatlich ausgezahlt. Da mit einem Male wurde bekannt gemacht, daß die halbmonatliche Zahlung wegfalle (die Direktion hätte es bestimmt) und nur am Schluß jeden Monats Zahlung erfolgen solle. Dagegen wurde von sämmtlichen Arbeitern Protest erhoben. Infolgedessen sah sich die Direktion veranlaßt, zu bestimmen, daß der „Lohn" für 14 Tage jeden 15. den Arbeitern zu entrichten sei, der übrige Verdienst jedoch erst am Schlusse des Monats. Vor Kurzem wurde den Arbeitern per Anschlag wieder bekannt gemacht, daß die „Lohnzahlungen" vom 1. April ab ganz in Wegfall kommen und nur am Schlusse des Monats der volle Verdienst ausgezahlt werden soll. Bei den Lackirern arbeiten ungefähr 40 Mann wegen Mangel an Arbeit täglich nur 6 Stunden. Vor mehreren Tagen rief der Werkmeister diese Arbeiter zusammen und erklärte, sie würden dem Herrn Maschinen-Inspektor einen großen Gefallen thun, wenn sie sich nach anderer Arbeit umsehen würden; kündigen wollte er indeß augenblicklich Keinem, da es jetzt Winter wäre. Er sprach jedoch die Erwartung aus, daß mindestens die Hälfte der Arbeiter diesen Wink berücksichtigen würden, da sonst nach vier Wochen doch Leute entlassen werden müßten. Es sollen sich unter den betreffenden Arbeitern viele befinden, welche vorher in anderen Werkstätten nur deshalb die Arbeit aufgaben, weil ihnen beim Eintritt in die Reparaturwerkstatt der Anhalter Bahn dauernde Beschäftigung zugesagt wurde. Sie sehen jetzt zu spät ein, daß sie besser gethan hätten, ihre früheren guten Stellen zu behalten.

Der in einem Kälbermagen vorgefundene Trauring, über den wir kürzlich zu berichten hatten, ziert wiederum den Finger seines Eigenthümers. Der Ring gehörte dem Fettviehhändler Franz Jordan zu Labes in Hinterpommern, der in der „Allgemeinen Fleischerzeitung" über die Wanderung des Ringes folgendes mittheilt: Am 2. Januar d. J. hat er einige Kälber auf dem Bahnhofe zu Labes nach Berlin verladen. Seiner Gewohnheit treu, pflegte er das Vieh erst zu tränken; eines der Kälber wollte aber nicht saufen und wandte er deshalb ein altes Mittel an, er steckte dem Thiere die Finger ins Maul. Das Kalb sog nun vortrefflich und hat ihm dabei den Trauring vom Finger abgesogen. Erst einige Tage später vermißte er den Ring und hatte keine Ahnung, wie ihm derselbe abhanden gekommen. Um so größer war seine freudige Ueberraschung, als er aus den Zeitungen die Auffindung des Ringes erfuhr; seit 33 Jahren hatte er denselben an seinem Finger getragen. Er hat denn auch nicht versäumt, dem Gesellen, der das Glück hatte, den magischen Reif aufzufinden, ein anständiges Douceur zukommen zu lassen.

---

4. Ziehung d. 4. Klasse 173. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 26. Januar 1886.

Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

23 26 32 102 21 [1500] 35 74 334 77 432 41 49 513 46 612 743 96 805 6 36 70 917 [300] 63 1009 88 213 30 98 [300] 307 [300] 8 [300] 13 91 450 51 619 [300] 79 804 25 46 940 80 99 2001 68 99 112 73 [300] 229 47 [300] 70 304 14 [300] 16 32 61 88 92 423 569 [3000] 87 646 792 [300] 904 **3**294 [550] 391 475 91 524 44 690 717 824 [300] 25 37 77 902 11 59 4007 52 205 14 26 29 59 367 514 67 611 [550] 708 68 76 827 [300] 74 [550]

5036 91 113 56 77 264 67 93 392 409 35 46 56 60 82 [300] 508 10 72 [300] 73 [300] 76 672 90 853 929 40 67 84 96 6060 114 [550] 25 36 231 [300] 44 86 97 [300] 313 41 [300] 54 440 [300] 91 93 570 87 609 22 48 56 [300] 81 740 855 94 932 49 53 [1500] 7188 [300] 224 74 310 56 97 412 727 31 891 [550] 956 78 8016 [300] 30 62 92 121 98 284 396 [300] 442 545 77 604 [300] 27 [300] 700 6 816 90 914 36 9029 81 197 [300] 260 305 61 78 460 78 83 567 635 37 701 871 945 55 58 70 95

10105 [550] 41 255 84 322 55 75 474 [300] 679 80 756 996 [300] **11**044 113 31 47 262 86 93 359 64 535 41 [550] 637 58 69 91 96 745 **12**120 [300] 29 241 59 335 79 [300] 507 [300] 64 82 627 28 83 97 717 [300] 66 [3000] 829 80 973 84 **13**125 [550] 37 238 84 374 58 [550] 473 80 643 730 56 64 [300] 90 800 1 60 96 99 [300] 917 57 93 **14**066 71 90 94 115 58 92 97 [3000] 279 412 46 535 42 810 40 47 [300] 726 66 87 847 944 47 [300] 80 98

15002 50 141 54 86 229 308 [550] 483 692 [300] 98 717 52 864 918 [550] **16**104 72 86 [300] 233 58 60 87 325 46 73 416 31 36 57 517 21 37 56 91 669 736 99 800 [550] 25 55 916 81 **17**024 34 77 95 239 [550] 85 [300] 352 468 73 703 43 816 26 79 [300] **18**085 132 34 98 221 51 309 21 95 [300] 421 28 [300] 30 60 [1500] 507 624 32 45 58 709 42 99 823 45 [3000] 929 43 52 61 [3000] **19**019 200 40 63 73 [300] 311 12 [3000] 415 [3000] 83 91 94 512 [550] 31 47 [1500] 647 [550] 68 98 [3000] 739 [55.] 62 807 [300] 20 42 90 92 909 66

20063 259 344 72 88 575 [550] 674 [300] 710 49 69 **21**009 42 106 39 346 83 87 449 99 507 9 [300] 13 92 634 700 24 65 81 87 936 76 **22**036 293 402 5 [550] 68 73 [3000] 513 73 669 735 45 909 57 60 80 **23**015 16 66 79 114 69 218 25 33 [300] 329 61 [550] 70 406 19 46 84 507 [550] 28 644 83 703 40 42 [300] 45 927 51 94 **24**039 224 39 309 50 83 407 68 543 54 607 15 26 55 58 811 [1500] 73 99 927 59

25019 118 21 259 [300] 74 441 582 [1500] 603 13 54 775 822 57 [300] 66 86 91 956 66 **26**044 70 106 21 49 86 236 357 430 503 16 75 95 [3000] 658 59 808 15 25 34 900 96 **27**017 19 64 [550] 125 50 83 [300] 209 92 308 38 430 65 94 97 644 [1500] 742 57 800 1 69 75 89 951 [300] 90 [550] 98 **28**006 79 100 37 316 504 53 69 99 617 30 96 747 898 **29**110 65 [300] 79 236 328 [550] 36 57 420 51 540 47 63 18 610 [300] 63 752 69 803

30019 112 [550] 30 45 54 [3000] 96 222 75 86 321 90 [300] 450 730 [550] 800 32 945 84 93 31071 73 113 28 [3000] 41 55 64 85 201 9 12 55 59 303 26 64 409 33 544 [1500] 73 82 634 99 711 [550] 15 29 48 53 68 [3000] 92 834 59 997 [300] **32**005 14 56 208 55 69 85 340 49 88 402 [1500] 46 54 62 [550] 716 31 59 64 813 81 984 [300] 33058 102 52 70 218 417 55 95 508 [550] 89 606 10 66 717 34 48 66 810 19 58 915 36 [550] 94 34070 84 96 212 20 26 28 38 82 93 [550] 306 440 50 81 548 674 754 74 831 43 905 65 85 [300]

35018 30 34 45 [1500] 57 [300] 96 188 208 91 96 404 14 60 90 573 647 48 [300] 64 81 703 21 50 848 906 36044 53 83 130 95 221 22 27 64 71 302 31 34 55 59 60 68 [300] 86 439 90 [550] 504 659 86 701 95 823 96 961 37041 68 102 45 56 58 79 97 202 12 26 [550] 626 48 71 709 14 [300] 843 910 [300] 82 38090 99 125 [550] 86 87 96 220 43 49 93 419 23 77 555 76 600 30 [300] 80 700 849 90 926 69 [3000] 81 39022 100 36 70 [1500] 203 37 424 58 516 608 755 816 17 79 902 13 23 94

40041 85 [300] 408 [300] 18 72 [1500] 506 92 93 653 74 75 740 89 835 63 942 73 41007 59 61 69 128 48 278 12 38 446 65 69 88 99 658 726 [550] 51 48 55 804 31 34 920 42032 44 49 60 62 71 111 17 [300] 52 203 365 [300] 409 [300] 35 47 526 53 79 85 642 50 62 81 701 53 63 855 96 98 [550] 902 [300] 38 48 43037 [3000] 82 165 69 262 356 402 86 [300] 39 86 550 603 745 53 62 804 52 940 41 [300] 71 44027 49 85 94 130 41 65 78 97 210 [300] 358 89 491 748 78 82 90 [300] 801 5

45048 96 111 [300] 21 28 [300] 84 89 [1500] 98 296 322 86 [1500] 93 411 27 501 53 97 99 637 52 [3000] 700 3 9 16 59 75 810 69 **46**034 40 72 135 [300] 95 203 31 37 93 319 47 89 416 49 [300] 68 [300] 72 700 9 25 826 59 47049 83 104 55 57 225 61 371 82 413 39 534 613 [3000] 748 [300] 803 30 32 907 79 89 **48**113 43 272 [307 31 425 64 593 621 62 99 [300] 713 42 43 8 4 33 62 69 932 47 70 49035 59 271 308 2 38 56 92 407 82 509 52 [300] 83 658 78 86 756 889 946 [300] 81 92 [550] 98

50064 106 14 61 230 61 [300] 65 82 414 23 569 608 774 [500] 88 969 90 51054 67 112 231 39 70 310 31 [.50] 65 445 76 550 53 77 654 63 89 716 60 819 912 35 80 **52**087 247 68 306 8 449 84 89 551 65 686 716 31 819 68 908 15 35 71 **53**027 29 44 [300] 112 24 258 329 83 61 422 40 57 552 60 787 [300] 853 [300] **54**014 26 31 198 [550] 269 78 539 609 22 75 98 771 814 [1500] 25 933 40 48 87

55008 62 [3000] 65 68 158 94 222 64 346 87 501 95 636 [300] 53 [3000] 73 714 23 25 48 [550] 65 67 [300] 812 922 37 39 [3000] 97 **56**013 22 36 88 141 [550] 46 84 200 [3000] 22 24 88 93 358 563 [550] 75 603 69 73 76 94 817 959 85 **57**000 150 231 [6000] 34 66 75 92 360 81 [300] 87 406 515 29 44 652 842 962 **58**183 84 229 336 [550] 60 89 463 500 50 71 614 35 95 727 28 96 801 40 51 56 59 904 [300] 82 93 **59**033 57 104 33 41 96 [550] 244 [0 76 91 300 46 71 [1500] 412 87 521 75 85 712 882 [1500] 901 18

60011 [3000] 26 34 [550] 56 77 132 226 31 33 70 325 69 72 73 455 66 529 48 [1500] 65 699 740 45 84 810 22 904 7 22 44 [300] 66 **61**046 [300] 74 83 102 35 75 225 30 37 83 514 27 81 624 82 719 864 [300] 921 65 [300] **62**008 101 77 97 286 98 397 533 89 628 31 92 772 808 33 903 73 85 94 **63**012 102 27 [300] 223 90 344 74 426 700 [300] 1 22 70 93 809 11 [15000] 40 [550] 995 **64**091 100 48 81 [550] 201 40 74 318 59 87 95 420 62 63 504 6 35 77 93 671 720 59 66 807 33 68 94 972

65093 167 211 431 522 58 613 [3000] 22 767 846 908 12 85 **66**176 83 91 216 [550] 317 73 95 99 676 755 65 80 837 919 45 54 61 **67**028 36 [300] 44 94 106 46 69 94 216 77 [300] 374 534 617 46 [3000] 702 71 [300] 68 802 [1500] 11 25 85 119 26 91 210 83 318 57 410 29 56 519 56 716 47 825 [3000] 66 936 **69**049 132 55 247 341 49 80 406 33 56 58 525 712 839

70061 70 111 207 [300] 13 97 321 32 50 [550] 447 66 81 [300] 537 56 76 623 739 87 837 900 7 14 59 71 **71**005 39 111 [550] 59 288 94 316 29 39 97 [300] 418 512 34 [3000] 71 638 52 770 818 95 907 18 24 79 **72**029 91 108 32 65 400 11 80 94 [550] 537 45 61 600 16 27 772 897 931 70 91 **73**021 82 88 147 77 [300] 201 36 38 40 [1500] 301 38 409 54 [300] 43 88 515 18 38 [3000] 54 70 [300] 72 84 91 92 639 [3000] 67 85 717 48 75 819 [1500] 89 [300] 912 19 **74**009 65 77 93 184 260 89 307 32 47 50 61 429 78 538 58 [550] 634 49 771 814 60 73 917 86

75006 110 54 86 238 68 [300] 336 64 442 500 30 57 [300] 61 72 [300] 79 713 [300] 17 46 54 948 76 **76**013 54 56 [550] 197 201 20 28 41 50 96 314 30 31 69 [300] 453 82 511 [1500] 43 629 42 [300] 93 94 739 46 74 81 [300] 93 [300] 857 936 46 65 **77**003 108 93 308 [550] 26 35 58 73 91 420 24 557 [3000] 654 [3000] 62 90 705 66 802 71 [3000] 79 983 94 **78**022 48 86 90 [550] 96 118 [3000] 57 229 [550] 34 37 72 319 48 60 92 [3000] 97 500 93 624 30 [1500] 86 704 16 [1500] 74 [300] 837 94 98 912 32 69 **79**079 80 126 57 77 79 220 57 [1500] 72 79 97 322 [300] 437 60 95 586 92 750 65 74 831 65 921

80010 13 28 71 226 348 67 413 39 49 508 55 73 610 13 66 726 842 [550] **81**175 255 72 [3000] 58 318 53 60 466 80 503 12 653 54 717 65 913 [300] **82**010 70 100 15 48 266 81 314 [300] 65 520 53 56 86 618 [550] 26 34 [300] 88 709 35 961 63 [550] **83**003 17 74 177 96 [300] 97 271 362 [3000] 73 [1500] 85 94 437 602 5 808 79 905 [300] 64 **84**022 297 345 89 421 530 606 33 81 821 45 [550] 60

85023 [3000] 37 [1500] 39 126 [300] 93 209 35 373 [1500] 88 4 4 65 83 90 504 30 51 666 723 49 828 [300] 901 18 37 94 **86**029 66 [1500] 102 31 [550] 42 44 [300] 332 64 84 84 433 [1500] 48 597 99 644 55 [300] 777 940 80 [300] 82 **87**101 4 242 70 96 360 454 534 604 724 64 832 936 [300] 73 **88**027 [550] 39 [3000] 81 210 375 [1500] 520 64 606 [300] 743 50 58 65 898 988 **89**47 73 91 107 60 247 55 324 85 [550] 441 43 47 [300] 586 [1500] 607 24 29 46 62 75 [1500] 717 806 82 [300] 90 954 60

90072 101 13 19 264 80 92 435 771 642 [300] 90 716 35 812 14 27 51 80 941 [300] 43 **91**003 26 104 35 61 77 299 [550] 322 52 61 77 467 502 23 67 94 [300] 656 68 78 717 21 35 66 73 88 90 95 839 89 901 81 82 **92**034 40 [300] 120 81 203 461 562 68 608 [300] 39 44 87 717 22 49 50 841 72 88 934 **93**013 27 7. 138 39 49 50 [3000] 268 [6 98 340 50 [6000] 58 94 421 26 38 45 573 614 15 77 709 [300] 25 57 806 9 [300] 98 909 12 78 **94**011 23 95 [300] 117 [300] 49 221 344 [300] 60 95 425 67 588 600 [550] 37 99 748 850 957 [550] 85 94

PROSPECTUS.

Königlich Serbische

5% in Gold verzinsliche und amortisirbare Rente

vom Jahre 1885,

fundirt auf die Einnahmen aus dem Tabakmonopol.

EMISSION

von Pfund Sterling 1 600 000

= Nom. Frcs. 40 000 000 = Mark 32 000 000 = Oest. Goldgulden 16 000 000,

eingetheilt in 80 000 Obligationen über je Frcs. 500 — Mark 400 — Pfund Sterling 20 — Oest. Goldgulden 200, rückzahlbar in 49 Jahren al pari in Gold vermittelst halbjährlicher Verloosungen und jährlich verzinslich mit Frcs. 25 = Mark 20 — Pfund Sterling 1 — Oest. Goldgulden 10,

zahlbar in Gold in halbjährlichen Koupons am 19. April / 1. Mai und 20. Oktober / 1. November

in Belgrad, Paris, London, Wien, Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg.

Für diese von der Königl. Serbischen Regierung auf Grund des Gesetzes vom 22. September / 4. Oktober 1885 emittirte Renten-Anleihe ist vertragsmäßig Folgendes bestimmt worden:

1) Für die Verzinsung, Amortisation und den gesammten Dienst der Renten-Anleihe vom Jahre 1885 ist ein Betrag von Frcs. 2 250 000 festgesetzt, welche während der ganzen Dauer des Anlehens alljährlich von der Königl. Serbischen Regierung in das Budget einzustellen ist. Die Amortisation erfolgt nach Maßgabe des auf den Obligationen abgedruckten Tilgungsplanes al pari in Gold in 49 Jahren.

Die Verloosungen finden halbjährlich am 19. September / 1. Oktober und 20. März / 1. April in Belgrad statt, die Rückzahlung der gezogenen Stücke erfolgt an dem auf den Verloosungstag nächstfolgenden Koupon-Termin.

Die erste Ziehung wird am 20. März / 1. April 1886 stattfinden.

Die Königl. Serbische Regierung hat sich das Recht vorbehalten, jederzeit, aber nicht vor dem 19. April / 1. Mai 1896, alle noch in Zirkulation befindlichen Obligationen dieser Rente al pari in Gold zurück zu zahlen.

Die Koupons und die rückzahlbaren Stücke sind in Belgrad, Paris, London, Wien, Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg zahlbar gestellt.

2) Die Obligationen enthalten die Bestimmung, daß die Anleihe von jeder gegenwärtigen oder zukünftigen Steuergebühr oder jedem sonstigen Abzug in Serbien befreit ist.

3) Die nicht zur Einlösung gelangten Koupons verjähren in 5 Jahren, die verloosten Stücke in 30 Jahren nach ihrer Fälligkeit.

4) Zur Sicherung des gegenwärtigen Renten-Anlehens hat die Königl. Serbische Regierung für die ganze Dauer des Anlehens die Erträgnisse des Tabakmonopols als Spezialpfand für die Gläubiger bestellt.

Die Königl. Serbische Regierung hat sich verpflichtet, während der ganzen Dauer des Anlehens keine wie immer geartete Aenderung der Gesetzgebung vorzunehmen, welche eine Verminderung dieser Erträgnisse zur Folge haben könnte.

Sollte die Königl. Serbische Regierung auf Grund des Gesetzes vom 22. September / 4. Oktober 1885 das Tabaksmonopol verpachten, so hat die von dem Pächter zu bezahlende Pacht ausschließlich und in erster Linie als Garantie für die Verzinsung und Rückzahlung des gegenwärtigen Anlehens zu dienen, und sind alsdann die Pächter in dem mit denselben abzuschließenden Vertrage unwiderruflich anzuweisen, die Pachtrate in halbjährlichen Raten unmittelbar behufs Tilgung der Annuität zur Verfügung der Inhaber dieses Renten-Anlehens zu stellen.

Sollte die Pachtrate nicht rechtzeitig eingehen oder für die Bezahlung der Koupons und gezogenen Obligationen nicht ausreichen, so ist die Königlich Serbische Regierung verpflichtet, die für diesen Zweck nothwendige Summe aus den sonstigen budgetmäßigen Einnahmen des Staates zu ergänzen.

5) Um für den Fall, daß das Tabakmonopol nicht verpachtet, sondern vom Staate in eigener Regie verwaltet, oder nach Ablauf der Dauer einer etwaigen Verpachtung in eigene Regie übernommen werden sollte, die Sicherstellung der Inhaber des gegenwärtigen Anlehens aus den Erträgnissen des Tabakmonopoles zweifellos und wirksam zu gestalten, wird im Sinne des Art. 5 des Gesetzes vom 22. September / 4. Oktober 1885 eine besondere Kasse der 5prozentigen auf das Tabakmonopol fundirten Rente errichtet.

Dieselbe hat dafür zu sorgen, daß die aus der Verwaltung des Tabaksmonopols verbleibenden Reineinnahmen in erster Linie ausschließlich zur pünktlichen Einlösung der Koupons und der gezogenen Obligationen des Renten-Anlehens verwendet werden.

Der nach Deckung der erforderlichen Annuität verbleibende Ueberschuß der Reineinnahmen ist nach Schluß eines jeden Geschäftsjahres an die Staatskasse abzuführen.

Die Kassa für den Dienst der 5prozentigen auf das Tabakmonopol fundirten Rente ist bereits seit 1./13. November 1885 in Funktion getreten.

Die Königl. Serbische Regierung hat auf Grund des Gesetzes vom 22. September / 4. Oktober 1885 das Tabaksmonopol in Serbien dem Komptoir d'Escompte de Paris in Paris und der K. k. privilegirten Oesterreichischen Länderbank in Wien mit der Maßgabe verpachtet, daß dieselben berechtigt sind, eine Aktien-Gesellschaft zu errichten und auf dieselbe alle Rechte und Pflichten aus dem geschlossenen Pachtvertrage mit vollständiger Decharge für die zu pachtenden Banken zu übertragen.

Die Aktien-Gesellschaft wird mit einem Grundkapital von 10 Millionen Franks und dem Sitze in Paris errichtet werden und binnen längstens sechs Monaten alle für die Ausbeutung des Tabaksmonopols in Serbien erforderlichen Einrichtungen fertigstellen.

Die Königl. Serbische Regierung hat sich das Recht der Kündigung des Pachtvertrages nach Ablauf der ersten 25 Pachtjahre vorbehalten, während den Pächtern das Kündigungsrecht innerhalb der ersten 10 Pachtjahre eingeräumt worden ist.

Die in dem Pachtvertrage festgesetzte jährliche Pachtsumme übersteigt von vornherein die für die Verzinsung und Amortisation des gegenwärtigen Anlehens erforderliche Annuität und erhöht sich in den ersten 15 Pachtjahren jedesmal nach Ablauf von 5 Jahren. Eine Herabminderung der vertragsmäßigen Pachtrate ist für den Fall von Krieg oder force majeure auf Grund schiedsrichterlicher Schätzung vorgesehen und ist in diesem Falle die Königl. Serbische Regierung verpflichtet, den etwaigen Ausfall bis zur Höhe der Annuität aus den budgetmäßigen Einnahmen des Staates zu ergänzen. Andererseits hat die Königl. Serbische Regierung sich eine Betheiligung an dem Reingewinne vorbehalten, welcher der Pachtgesellschaft nach der Verzinsung und Amortisirung des Aktienkapitals verbleibt.

Es ist vertragsmäßig festgesetzt, daß der zur Tilgung der Annuität erforderliche Theil der Pachtsumme von den Pächtern in halbjährlichen Raten den Einlösungsstellen der Koupons und verloosten Obligationen unmittelbar zur Verfügung gestellt wird.

Belgrad, Januar 1886.

Königlich Serbische Regierung.
Der Finanzminister.

Auf Grund des vorstehenden Prospekts wird von dieser Anleihe der Betrag von

Pfund Sterling 1 000 000 Nominal

unter folgenden Bedingungen zur Subskription gestellt:

1) Die Subskription erfolgt auf Grund des diesem Prospekt beigegebenen Anmeldungs-Formulars

am Donnerstag, den 28. Januar 1886,

in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
" " " dem Bankhause Robert Warschauer & Co.,
in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause von Erlanger & Söhne
von 9 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags. Außerdem werden Anmeldungen
in Paris seitens des Comptoir d'Escompte de Paris,
" Wien " der Kais. Kön. privilegirten Oesterreichischen Länderbank,
" Belgrad " der Serbischen Nationalbank

entgegengenommen. Der frühere Schluß der Subskription bleibt jeder Zeichnungsstelle vorbehalten.

2) Der Subskriptionspreis ist auf 77½ Pfund Sterling für je 100 Pfund Sterl. Nominal festgesetzt, zahlbar in Reichsmark zum usanzemäßigen Umrechnungskourse von 20 Mark pro Pfund Sterling.

Außer dem Preise sind die usanzemäßigen Stückzinsen vom 1. November 1885 bis zum Tage der Abnahme zum gleichen Umrechnungskourse zu vergüten.

3) Bei der Subskription ist eine Kaution von 5 Prozent des Nominalbetrages baar oder in der Subskriptionsstelle geeignet erscheinenden Effekten zu hinterlegen.

4) Die Zutheilung erfolgt nach Ermessen einer jeden Anmeldungsstelle unter Benachrichtigung an die Zeichner.

5) Die Abnahme der zugetheilten Stücke in Interimsscheinen, welche von den deutschen Subskriptionsstellen ausgestellt sind, kann vom 10. Februar cr. ab gegen Zahlung des Preises bewirkt werden. Der Subskribent ist indessen verpflichtet,
ein Drittel der zugetheilten Stücke bis spätestens 20. Februar c.,
ein Drittel " " " " " 10. März c.,
ein Drittel " " " " " 31. März c.
abzunehmen. Beträge bis 1000 Pfund Sterling sind ungetheilt bis spätestens 20. Februar c. zu reguliren.

6) Der Umtausch der Interimsscheine in Originalstücke wird gegen Einlieferung der ersteren laut besonderer s. Z. zu erlassender Bekanntmachung baldmöglichst erfolgen.

7) Die auf die Verloosung und Kouponszahlungen dieser Anleihe bezüglichen Bekanntmachungen werden an den Subskriptionsplätzen regelmäßig publizirt werden.

Paris, Wien, Berlin, Frankfurt a. M., Januar 1886.

Comptoir d'Escompte de Paris. Kais. kön. priv. Oesterreichische Länderbank.
Berliner Handels-Gesellschaft. Robert Warschauer & Co. von Erlanger & Söhne.

Verantwortlicher Redakteur R. Frankheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 22. Mittwoch, den 27. Januar 1886. III. Jahrg.

Segen des Militarismus.

Deutschlands Militär-Ausgaben betrugen im vergangenen Jahre 468 Millionen, Italien gab zur selben Zeit aus 248, Oesterreich 271, Großbritannien 577, Frankreich 637, Rußland 782 Millionen Mark. Von den übrigen Staaten sei nur genannt die Türkei mit 111 Millionen, Spanien mit 134, die Niederlande mit 54, Belgien mit 36 Millionen u. s. w. Ganz Europa braucht gegenwärtig für seine Armeen und Flotten 3 483 011 329, also fast vierthalb Milliarden Mark kostet die Erhaltung des europäischen „Friedens". Im Jahre 1876 betrugen die ordentlichen Militär-Ausgaben Gesammt-Europas 3150, die jetzige Gesammtausgabe überragt jene Ziffer um mehr als 350 Millionen.

Was speziell das Anwachsen der Militärlasten Deutschlands anbelangt, so ist dasselbe kolossal zu nennen. Im Jahre 1872, also gleich nach Gründung des Reiches, wurden 553 Mill. verausgabt, davon waren laufende Ausgaben 309 Millionen (250 Armee, 12 Marine, 47 Pensionen) und 244 einmalige Ausgaben. Seitdem haben die einmaligen Ausgaben für militärische Zwecke abgenommen, aber die ordentlichen sind bedeutend gestiegen. Im Jahre 1876 brauchten die Armee 319, die Marine 19, die Pensionen 49, im Ganzen also als ordentliche Ausgaben 387 Millionen. Im Jahre 1885 verlangt dagegen die Armee 340, Marine 37, Pensionen 48, im Ganzen 422 und wenn die außerordentlichen Ausgaben mit 41 Millionen zugerechnet werden, 463 Millionen. Der jetzt vorgelegte Etat fordert wieder eine beträchtliche Erhöhung, nämlich 345 Millionen für die Armee, 37 für die Marine, 48 für Pensionen, also an den ordentlichen Ausgaben 430, dazu 58 Millionen außerordentliche Ausgaben, also 488, somit ein Plus von 25 Millionen gegen das Vorjahr. Seit dem Jahre 1872 macht die Steigerung aus bei den ordentlichen Armee-Ausgaben 95 Millionen, bei der Marine 25 Millionen und bei den Pensionen, trotz der 15 Friedensjahre, 1 Million.

Summirt man alle Militär-Ausgaben, welche die deutschen Steuerzahler seit 1872 haben aufbringen müssen (einschließlich der Ausgaben des jetzt vorgelegten Etats), zusammen, so mußten aufgebracht werden im Ganzen 7414 Millionen M. und zwar 5818 Millionen an ordentlichen Ausgaben (Armee 4834, Marine 354, Pensionen 730) und 1496 an außerordentlichen Ausgaben. Und dabei herrschte „Friede" ringsum! Rechnet man die Bevölkerung Deutschlands auf 45 Millionen, so ergäbe das auf die Familie von fünf Köpfen eine Militär-Ausgabe seit 1872 von 825 M.

Nach der deutschen Berufsstatistik giebt es im Reich an erwerbsthätigen Personen 18,8 Millionen (einschließlich der Dienstboten), beim Militär stehen 451 825 Personen, auf je 42 Erwerbsthätige, die ihrerseits mindestens noch 58 Nichterwerbsfähige (Kinder u. s. w.) zu ernähren haben, kommt also eine Militärperson, und da diese 920 M. an jährlichen Unterhaltungskosten erfordert, haben also 42 Erwerbsthätige jährlich im Durchschnitt 930 Mark für das Militär aufzubringen! Dabei muß aber in Rechnung gezogen werden, daß die Erwerbsfähigen sehr oft ohne Arbeit, krank u. s. w., also nicht immer erwerbsfähig sind.

Nun weisen die Freunde des Militarismus auf die viel größeren Opfer Englands, Frankreichs und Rußlands hin. Rußland scheidet von selbst aus, da seine Bevölkerung fast das Doppelte der deutschen beträgt und seine Armee über eine kolossale Strecke verbreitetet ist. England eignet sich nicht zum Vergleich, denn die Mehrkosten verursacht dort die durch den großen Kolonialbesitz bedingte Marine. Was endlich Frankreich anbelangt, so ist dieses auch viel wohlhabender, besitzt an Kolonien und zudem sind dort die Unterhaltungskosten größer. Falsch ist auch die Behauptung, das französische Landheer zähle 75 000 Mann mehr, als das deutsche; in die höheren französischen Ziffern sind die Offiziere und Militärbeamten eingerechnet, was bei uns nicht der Fall ist.

Zu den obigen Militär-Ausgaben kommt aber noch jährlich ein ganz gewaltiger Posten, nämlich die Zinsen für Militäranleihen, die seit 1877 (wo die Kriegskontribution erschöpft war) 300 Millionen betragen, jetzt also jährlich 12 Millionen Zinsen erfordern. Aus der Ziffer von 300 Mill., die alle Deutschland in Friedensjahren für militärische Zwecke gebraucht hat, ergiebt sich, welchen gewaltigen Antheil Militär-Ausgaben an den Staatsschulden haben. Man kann dreist behaupten, daß gerade der Militärfiskus bei den Schulden am stärksten betheiligt ist. Im Jahre 1715 betrugen die Schulden der europäischen Staaten rund 6000 Millionen Mark, im Jahre 1789, also nach Errichtung der stehenden Heere 10 200 Millionen Mark, 1820, nach den Napoleonischen Kriegen, 30 060 Millionen, 1874 aber schon 77 124 Mill. Mk. und jetzt haben alle europäischen Staaten als Zinsen für ihre Staatsschulden 4 015 198 683 Mk. zu zahlen. Demnach würde also der Militarismus Europa jährlich ungefähr 7½ Milliarden kosten. Diese kolossale Summe würde zum großen Theile derjenige sparen helfen, der die Kriegslust gründlich und für die Dauer aus der Welt schaffte.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher, von Caprivi und Kommissarien.

Eingegangen ist der G.-E. betr. die Bürgschaft des Reichs für die Zinsen einer egyptischen Staatsanleihe.

Vor dem Eintritt in die T. O. verlangt der Abg. Greve das Wort: Aus den Berichten über meine vorgestrige Rede, betr. das Verbot von Surrogaten bei der Bierbereitung, ist Berliner Interessentenkreisen irrthümlich die Meinung entstanden, als ob ich behauptet hätte, daß das Berliner Weißbier unter Verwendung von Surrogaten hergestellt wird. Ich habe nur im Gegensatz zu der von meinem Herrn Vorredner erwähnten bayrischen Bierordnung von 1680, nach welcher Bier nur aus Hopfen, Gerste und Wasser bereitet und der Wirth durch den Malefizrichter an Leib und Gut gestraft werden soll", das Berliner Weißbier in Schutz nehmen wollen, welches doch nicht aus Hopfen, Gerste und Wasser, sondern im wesentlichen aus Weizenmalz hergestellt wird. Das Berliner Weißbier wird aus Weizenmalz, Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser gebraut, und ich bin ihm nicht feindlich, sondern freundlich gesinnt, denn ich trinke gern und viel davon.

Das Haus tritt in die Berathung des Etats für die Verwaltung der kaiserlichen Marine ein.

Bei Titel 1 der Ausgaben (Chef der Admiralität 36 000 M.) bemerkt

Abg. Kröder: Es hat vielfach einen peinlichen Eindruck hervorgerufen, daß für die Hinterbliebenen der mit dem Schiffe „Augusta" Verunglückten im Wege der Privatwohlthätigkeit gesorgt werden mußte. Es wäre vielmehr Sache der Admiralität gewesen, hier eine Vorlage zu machen, durch welche jenen Hinterbliebenen die nöthige Fürsorge gesichert würde. Die Vorlage würde gewiß einstimmig angenommen werden.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Die Gewährung von Unterstützungen für die Hinterbliebenen der mit der „Augusta" Verunglückten ist nicht von der Admiralität, sondern von der freiwilligen Wohlthätigkeit ausgegangen. Ich habe also, als diese Dinge in Szene gesetzt wurden, keinen Einfluß auf die Entscheidung der Frage gehabt, ob es nöthig sei, mit Staatsmitteln einzugreifen. Die Privatwohlthätigkeit trat von selbst ein. Im Uebrigen steht die Admiralität auf dem Standpunkt, daß Verluste im Frieden nicht anders behandelt werden können als Verluste im Kriege, Für Verluste im Frieden sorgt das Pensionsgesetz, für Verluste im Kriege, wie hier, sorgt es auch. Das ist der Standpunkt, den die Admiralität festgehalten hat; sie hat sich ganz objektiv und ganz heraus aus den übrigen Dingen gehalten, welchen Standpunkt sie auch in allen ähnlichen Fällen festhalten wird.

In den folgenden Positionen werden unter Anderem zur Verstärkung der heimischen Küstenvertheidigung 459 Mann an Matrosen-Artillerie mehr gefordert. Die Kommission beantragt Bewilligung dieser Mehrforderung, während sie von den sonst noch zur Verstärkung des Marinepersonals geforderten Summen im Ganzen 300 000 Mark, d. i. den Bedarf für 300 Mann, zu streichen beantragt.

Referent Abg. Rickert giebt eine eingehende Darstellung der Vorgänge in der Kommission. Danach ist für die Kommissionsbeschlüsse besonders die Befürchtung maßgebend gewesen, daß die Mehrforderungen dieses Marineetats die Keime enthalten könnten für künftige weitere Mehrforderungen; ferner auch der Umstand, daß im Etat selbst nicht die Aufgaben kenntlich gemacht seien, welche die Marine künftig übernehmen solle. Es wurde in der Kommission betont, daß man die Marine früher nach einem ziffermäßig festgelegten, bestimmten Plane entwickelt habe, wovon man seit 1884 abgekommen sei. Der Admiralitätschef wurde deshalb um Auskunft ersucht, ob er nicht die durch die Kolonialpolitik veranlaßten Ausgaben in diesem Etat ersichtlich machen; und ferner. ob er nicht einen Plan vorlegen könne, aus dem hervorgehe, ob und welche Mehrforderungen für die nächsten Jahre im Marineetat bevorständen. Der Chef der Admiralität erklärte sich darauf zunächst außer Stande, den letzteren Wunsch zu erfüllen; mit bloßen vagen Vermuthungen würde dem Reichstage gewiß nicht gedient sein, und bestimmte Angaben in der gewünschten Richtung ließen sich nicht machen. In Bezug auf Schlachtschiffe und Torpedowesen steht der Chef der Admiralität nach seiner ferneren Erklärung noch auf dem Standpunkt der Denkschrift von 1884; in Bezug auf den Kreuzerkrieg habe er allerdings seine Ansichten modifizirt. Die Mehrforderungen sind nach Ansicht des Chefs der Admiralität dringend erforderlich, theils um das Erworbene festzuhalten, theils zur Küstenvertheidigung. Ein Kommissionsmitglied hat darauf Namens der größten Fraktion des Hauses erklärt, dieselbe werde nur die durch die natürliche Entwickelung der Marine gebotenen Mehrforderungen bewilligen; nicht aber die aus der Kolonialpolitik entspringenden, soweit letztere aus dem vom Reichskanzler skizzirten Rahmen heraustrete. Die auf Grund dieser Erklärungen demnächst gefaßten Beschlüsse der Kommission haben zu dem Resultat geführt, für welches die Kommission die Zustimmung des Plenums erbittet.

Abg. Möller: Wenn wir die Matrosen-Artillerie um 459 Mann vermehren, so wird eine entsprechende Verminderung der Fuß-Artillerie und damit eine Ersparniß im Militär-Etat möglich sein; ich bitte daher, die Bewilligung der Forderung so lange auszusetzen, bis uns der Kriegsminister die Erklärung abgegeben hat, daß er in diesem Jahre so viel weniger Rekruten bei der Fußartillerie einstellen wird, als Rekruten für die Matrosenartillerie mehr bewilligt werden.

Abg. Kalle: Ich habe in der Kommission zu der Minderheit gehört, welche für die Vermehrung des Marinepersonals um 300 Köpfe gestimmt hat. In der Denkschrift von 1884, welche noch vor Beginn unserer Kolonialpolitik ausgearbeitet wurde, wird bereits ausdrücklich betont, daß ohne Vermehrung des Personals selbst der damalige Bestand an Schiffen im Kriegsfall weder quantitativ noch qualitativ gehörig besetzt werden könne. Daß das seitdem Geschehene noch lange nicht genügt, haben erst die Erfahrungen des letzten Sommers bewiesen. Die vorhandenen Lücken in der Ziffer unserer Seeleute müssen ausgefüllt werden, und zwar schleunigst. Wir müssen durchaus so viel Mannschaften haben, um unsere mit großen Opfern gebaute Flotte im Nothfall auch mobilisiren zu können; insbesondere müssen wir einen höheren Prozentsatz von altgedienten Leuten und Unteroffizieren in unserer Marinereserve haben, für welchen Zweck sich beiläufig insbesondere das Institut der vierjährig Freiwilligen bewährt. Nachdem übrigens die Mehrheit der Kommission beschlossen hat, die Mehrforderung zu streichen, werden auch wir dem zustimmen.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Ich bitte, den Antrag des Abg. Möller abzulehnen. Das, was an Matrosen-Artillerie hier mehr gefordert wird, motivirt sich als ein weiterer Schritt eines Prozesses, der bald nach der Ausarbeitung des Flottengründungsplanes begonnen worden ist. Damals hatten wir ein Seebataillon und eine Seeartillerie-Kompagnie, die beide ganz wie die Landtruppen organisirt waren und dieselbe Ausbildung empfingen, dasselbe Personal. Man erkannte sehr bald, daß mit einer nach dem Standpunkt der Fußartillerie der Armee ausgebildeten Truppe nie den Zwecken überall zu genügen ist, die die Vertheidigung der Küstenwerke erfordert. In der Denkschrift von 1884 hat man ausgeführt, das jede Vertheidigung von Küstenwerken gewisser maritimer Elemente bedarf. Schon die Unterscheidung, welches Ziel beim Feinde, welches Schiff es ist, das unter Feuer genommen werden muß, ob ein Schiff gelitten hat oder nicht, erfordert ein seemännisches Auge und man kann für diesen Zweck mit der Beigabe einiger Offiziere und einer geringen Anzahl von Matrosenartilleristen auskommen, welche Maßregel für die Ostsee beabsichtigt ist. Auf die Frage, ob eine Reduktion der Rekruten der Armee in demselben Maße beabsichtigt sei, wie hier eine Vermehrung der Rekruten der Matrosenartillerie gefordert wird, erklärte ich schon in den Kommission, daß ich weder berufen, noch befähigt sei, über Sachen der Armee eine Erklärung abzugeben, daß ich aber, wenn ich meine persönliche Ansicht sagen sollte, sie dahin zusammenfassen würde, daß ich bei dem notorischen Mangel der Armee an Fußartilleristen nicht glaube, man werde dort geneigt sein, eine Reduktion vorzunehmen. Steht es nun aber einmal fest, daß im Sachinteresse, im Interesse der besseren Vertheidigung derjenigen Häfen, an deren Ufern unsere reichsten Küstenstädte liegen, ein Uebergang der Vertheidigung an die Marine, eine Vermehrung der Marinekräfte an dieser Stelle nöthig ist, so wären zwei Wege möglich: entweder man wird dieser Nothwendigkeit nicht gerecht und läßt es bei dem Bisherigen bestehen, die Vermehrung der Artillerie wird abgesetzt; oder die Marine übernimmt die Sache trotzdem und besorgt diesen Dienst mit anderen Kräften, dann treten, wenn Sie uns das nicht bewilligen, wo anders Schwierigkeiten und Nachtheile ein, die Menschen müssen von anders woher genommen werden, von den für den überseeischen Dienst oder zur Küstenvertheidigung bestimmten Schiffen. Ich kann also nur dringend bitten, wie es in der Kommission geschehen, die Forderung voll zu bewilligen.

Abg. Richter: Herr Kalle hat besonders die Nothwendigkeit einer vollzähligen Bemannung der Schiffe im Kriegsfall betont. Um dies aber zu erreichen, müssen beim Ausbruch des Krieges die Mannschaften da zur Stelle sein, wo der Krieg geführt wird. Während des Krieges mit Frankreich z. B. waren alle bei überseeischen Expeditionen befindlichen Mannschaften für die Kriegführung unbenutzbar. In dem Maße, wie man die überseeischen Aufgaben der Marine ausbildet, vermindert man die Zahl der Mannschaften, die bei einem Kriege in der Heimath zur Stelle sind; und alle Vermehrungen der Gesammtzahl der Marinemannschaften nützen nichts, wenn der überseeische Dienst der Marine noch weiter ausgedehnt wird. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung der Kolonialpolitik ist eine Schwächung der Vertheidigungsfähigkeit unserer Marine in Europa (Sehr richtig! links und im Zentrum), und wenn Sie ernstlich unsere Küsten besser schützen wollen, so müssen Sie darauf dringen, daß der Kanzler der Kolonialpolitik engere Grenzen zieht. Herr Kalle sprach von „Erfahrungen des letzten Sommers". Ich weiß nicht, was er meinte; ich erinnere ihn aber daran, daß wir doch niemals einen ordentlichen Etat auf außerordentliche Fälle, wie es etwa die Verwickelungen mit kleinen außereuropäischen Mächten sind, zuschneiden können. (Sehr richtig!) Treten solche Fälle ein, dann muß man, um die Ausgaben dafür zu decken, entweder am Ordinarium Ersparnisse machen oder zu Etatsüberschreitungen greifen. Ich bedaure, daß die Mehrheit der Kommission nicht noch weitere Abstriche beschlossen hat; nicht 300 Mann, sondern 800 Mann hätte man streichen sollen; nicht blos aus finanziellen Rücksichten, sondern gerade damit die Marine sich auf natürliche Weise und deshalb um so gesunder entwickeln kann. Ich würde demgemäß weitere Abstriche beantragt haben, wenn dieselben irgend Aussichten auf Annahme hätten, was nicht der Fall ist.

Abg. Möller hält gegenüber den Ausführungen des Chefs der Admiralität seinen Antrag aufrecht. da die Finanzen des Landes möglichste Sparsamkeit im Militäretat dringend erheischten.

Abg. Kalle: Der Abg. Richter scheint den Krieg für einen „außerordentlichen Fall" zu halten, auf den der Marineetat nicht zugeschnitten werden dürfe. Aber gerade für den Krieg brauchen wir hauptsächlich Heer und Flotte; und wenn wir im Kriege von unseren Schiffen nicht den vollen Gebrauch machen können, so ist das für sie ausgegebene Geld buchstäblich ins Wasser geworfen. Außerdem ist die Vermehrung unserer Marinemannschaften, ganz abgesehen von einer Ausdehnung der Kolonialpolitik, nothwendig, um den einmal vorhandenen Kolonialbesitz festhalten und die überseeischen Handelsinteressen Deutschlands genügend schützen zu können.

Abg. Windthorst: Ich glaube mit dem Abg. Richter, daß wir bei den Ausgaben für die Marineverwaltung nicht über den Flottengründungsplan hinausgehen dürfen. Wir kommen sonst ins Ungewisse hinein. Es wäre zeitgemäß gewesen, wenn die Kommission etwas schärfere Abstriche vorgenommen hätte. Daß dies nicht geschehen, ist nicht die Schuld meiner Freunde. Nachdem der Referent die Anträge, wie sie uns vorliegen, formulirt, wäre auch jeder Widerstand vergeblich gewesen.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Ich bin bereit den Standpunkt des Abg. Windthorst zu akzeptiren und mich mit dem zufrieden zu erklären, was der Flottengründungsplan bewilligt, denn wir sind in sehr wesentlichen Punkten noch sehr weit hinter ihm zurück. Wenn Sie mir das votiren, so bin ich geneigt, ohne Weiteres darauf einzugehen. In Bezug auf die Mannschaften, wenn man den Geldwerth des Unterhaltens der Mannschaften, Matrosen und Werftdivisionen zusammenzählt, so wird bei voller Bewilligung unserer ganzen Forderung nur mit etwa 55 000 M. über den Flottengründungsplan hinausgegangen, mit dem Abstrich der 300 Mann sind wir aber noch hinter ihm zurück. Wir sind ferner hinter ihm zurück in Bezug auf das Material der Schiffe; uns fehlt heute noch Ersatz für den „Großen Kurfürsten" und der Panzerfregatte „Prinz Adalbert". Der Flottengründungsplan sagt: 20 Panzerkorvetten und 18 Kanonenboote für den politischen Dienst; wir haben nur 17 Korvetten und 9 Kanonenboote für den politischen Dienst. Der Flottengründungsplan sagt: 6 Avisos für den Kriegsdienst, wir haben aber nur 3, die für den Kriegsdienst geeignet sind. Wenn also diese Forderungen bewilligt werden, meine Herren, dann können wir uns einigen.

Abg. Richter: Ich wünschte, daß der Chef der Admiralität sich auch darüber geäußert hätte, wie die Forderung des jetzigen Ordinariums sich verhält zu der Forderung des Ordinariums des Flottengründungsplans. Da ergiebt sich eine bedeutende Differenz. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Preise bei Aufstellung jenes Planes höher standen, als es jetzt der Fall ist. Der Abg. Kalle meinte, wir hätten alle die Schiffe bewilligt und müßten sie also auch im Kriege bemannen. Niemals hat man den Gedanken gehabt, sämmtliche Kriegsschiffe, die man hat, im Kriege zu bemannen. Würde man 1870 auf den Gedanken gekommen sein, sämmtliche Schraubenkorvetten zu bemannen für den überseeischen Kriegsdienst? Es kommt ganz auf die Natur der kriegerischen Verwickelungen an. Zum überseeischen Kriege braucht man keine Panzerschiffe und Torpedos, wie im europäischen Kriege und zum Schutz der Küsten. Herr Kalle sagte dann stolz: was wir an Kolonien haben, wollen wir behalten, er ist also viel kanzlerischer, als der Kanzler selbst. Der Reichskanzler ist nicht so unklug, zu behalten, was er hat, und ich mache ihm aus seinem Nachgeben gegen Spanien und Frankreich durchaus keinen Vorwurf. Selbst der Freund des Herrn Kalle, Herr Dr. Hammacher, wäre wohl froh, wenn er von Angra Pequena loskäme. Muthen Sie uns doch nicht zu, für solche Zwecke die Ausrüstungen der Flotte zu erweitern. (Beifall links.)

Chef der Admiralität von Caprivi: Ich möchte dem Abgeordneten Richter entgegnen. daß die Summe, um die der Etat seit Emanation des Flottengründungsplans gestiegen ist, im Wesentlichen aus zwei Positionen resultirt, einmal aus einem besseren inneren Ausbau der Flotte, dann aus einem Zusatz vom 12. April 1884, wodurch das Torpedowesen in neue Bahnen gekommen ist. Alles dies ist mit Ihrer Bewilligung geschehen. Der Abg. Richter meint, man könne in einem Kriegsfall nicht alle Schiffe brauchen und brauche sie auch nicht alle zu besetzen. Das würde meinerseits zuzugeben sein für die Schiffe, die überhaupt für keinen Kriegsgebrauch mehr tauglich sind, wie etwa altgewordene Schulschiffe. Wenn aber ein Schiff für irgend einen kriegerischen Zweck brauchbar ist, so würde ich auch den Wunsch haben, es im Kriege zu bemannen und in Dienst zu stellen.

Es sind Kriegsfälle denkbar und sie liegen gar nicht fern, wo der Kreuzerkrieg eine Rolle spielen kann, die reichlich so einflußreich auf den Friedensschluß ist, wie die Rolle, welche die Panzerschiffe spielen. Um einen extremeren Fall anzuführen: Wenn wir in einen Krieg gerathen mit einer Macht, der wir zu Lande nicht beikommen können, so haben wir fast kein anderes Mittel, als die wirksame Führung des Kreuzerkrieges. Wir würden in einem solchem Falle unsere Panzerschiffe und unsere Torpedoboote brauchen, um die feindliche Flotte, falls der Feind eine besitzt, in seine Häfen zurück zu treiben, die Entscheidung aber würde im Kreuzerkriege liegen. Führt man Krieg, so will man den Gegner dahin bringen, daß er das thut, was er nicht will und was wir wollen. Dahin bringt man ihn aber nur, wenn man ihm das Kriegführen so verleidet, daß es ihm eher über wird als uns. Wenn man einem feindlichen Staat, gegen den man kriegerisch vorgeht, die Panzerflotte zerstört, so ist das ein erheblicher Schaden; er kann nicht mehr mit großen Schiffen auf dem offenen Meere auftreten, einer und der andere seiner Küstenplätze wird bombardirt werden. Aber dieses Annähern an eine feindliche Küste wird schwerlich eine energische Nation zum Friedensschluß bringen. Anders liegt die Sache, wenn ich im Stande bin, den Seehandel der feindlichen Nation durch den Kreuzerkrieg so zu schädigen, daß der Import aufhört, daß vielleicht der Getreidebedarf abgeschnitten wird, daß aller Handel darniederliegt. Dann wirkt das nicht blos auf die geschädigten Küstenstädte, sondern auch tief hinein auf das Land, und dann kann ich eine Stimmung beim Feinde erzeugen, die ihn dahin bringt, diejenigen Bedingungen anzunehmen, die ich von ihm fordere. Nun trennen sich ja die Dinge in Wirklichkeit nicht so: hier Panzerkrieg und da Kreuzerkrieg, sondern sie gehen in einander über. Ich will nur darauf hindeuten, was wir mit einer einigermaßen brauchbaren Kriegsflotte im Jahre 1870 hätten leisten können, um unseren Gegnern die Zufuhr von Waffen und Munition über den Ozean abzuschneiden. Wir konnten das nicht, weil wir die Schiffe dazu nicht hatten. Ich möchte also den Abg. Richter bitten, den Standpunkt aufzugeben, daß im Kriege kriegsbrauchbare Schiffe nicht zu besetzen wären. (Beifall.)

Abg. Kalle: Auf die Kolonialpolitik gehe ich nicht weiter ein. Im Uebrigen hat der Chef der Admiralität bereits zutreffend geantwortet. Es handelt sich nicht um Vermehrungen, sondern um die Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse.

Referent Rickert konstatirt, daß weder vom Zentrum noch von anderen Parteien gegen seine Anträge Widerspruch erhoben oder Gegenanträge gestellt seien.

Abg. Hammacher: Der Abg. Richter hat behauptet, daß wahrscheinlich auch ich froh wäre, von Angra Pequena loskommen zu können. Wenn Herr Richter es für nothwendig hält, persönliche Angelegenheiten in die Debatte zu ziehen, so muß er es sich auch gefallen lassen, daß der von ihm Angegriffene die Thatsachen klarstellt. Die südwestafrikanische Gesellschaft, wie sie sich im vorigen Jahre unter meiner wesentlichen Mitwirkung gebildet hat, ist keineswegs ins Leben gerufen, um in den Schutzgebieten Geschäfte zu treiben, das weiß Herr Richter so gut wie ich, sondern um die Ehre der deutschen Kolonisation zu retten. (Zurufe links). Bekanntlich war der frühere Besitzer dieser Kolonien, die unter den Schutz der deutschen Flagge gestellt waren, im Begriff, seine Rechte dem Auslande zu übertragen. Um dies zu verhüten, sind deutsche Männer zusammengetreten und haben die südwestafrikanische Gesellschaft gegründet. Keiner derselben hat eine Scheu davor, hier von Herrn Richter kritisirt zu werden und legt den geringsten Werth darauf, wie Herr Richter darüber urtheilt. Aber darauf lege ich Werth, zu konstatiren, daß das Motiv, welches diese Personen zusammengeführt hat, lediglich ein politisches und patriotisches gewesen ist. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter: Ich habe auch nicht mit einer Silbe angedeutet, daß Herr Hammacher sich an dieser Gesellschaft betheiligt hätte oder betheiligte, um Geschäfte zu machen, wenn dies an sich auch nichts Unehrenvolles oder Unerlaubtes wäre. Er und die anderen Herren haben hier a fonds perdu Mittel bewilligt, und die Fonds sind ja auch perdu. Wenn Herr Hammacher uns bei dieser Gelegenheit versichert, daß die Gesellschaft die Ehre der Kolonialpolitik habe retten wollen, so ist das wieder ein Zeichen für die innere Schwäche dieser ganzen Kolonialpolitik. Wenn die Ehre und die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik zunächst davon abhängt, daß Herr Hammacher und einige reiche Leute in Berlin zusammentreten und 200 000 Mark à fonds perdu zusammenschießen, wie ist dann eine solche Kolonialpolitik beschaffen, die in Deutschland gestellt ist auf das Wohlwollen einiger bemittelten Herren? Dann sollten wir uns wahrlich hüten, uns allzusehr darauf einzulassen.

Der Titel wird bewilligt. Der Antrag Möller wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Dem Antrage der Kommission gemäß werden folgende Abstriche gemacht: 7500 M. bei Tit. 6 „Deckoffiziere"; 53 460 M. bei Tit. 10 „Löhnung und Zulagen für 2 Matrosendivisionen"; 24 804 M. bei Tit. 11 „Löhnung und Zulage für 2 Werftdivisionen"; 50 000 M. für Seezulagen und 100 000 M. für Instandhaltung der Schiffe; 27 700 M. bei der Naturalverpflegung; 5562 M. für Servis.

Auf eine Anregung des Abg. Hänel über Gleichstellung der Werftschreiber mit den Subalternbeamten bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses erklärt ein Kommissar, daß eine solche Gleichstellung nach Lage der Gesetzgebung nicht möglich sei.

Beim Kap. 60 (Werftbetrieb) bringt Abg. Liebknecht (Soz.) die Entlassung von Arbeitern aus den kaiserl. Werften zur Sprache. Es sei zuzugeben, daß bei den Werften das Prinzip der Ausbeutung nicht so intensiv ausgebildet sei, wie bei der Privatindustrie. Gleichwohl beklagten sich die Arbeiter, wie er zahlreichen an ihn gerichteten Briefen entnehme, über außerordentliche bureaukratische Härte.

Besonders hart sei die Bestimmung, daß kein Arbeiter über 40 Jahren in Arbeit genommen werde. Trotz der Versicherung des Chefs der Admiralität, daß mit den Arbeiterentlassungen sehr schonend werde vorgegangen werden, seien auch in diesem Jahre zahlreiche Arbeiterentlassungen unter erschwerenden Umständen — so wegen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und selbst gegenüber kranken Personen — vorgekommen. Die Behandlung der Arbeiter sei vielfach eine überaus harte. „Spitzbubenkande" sei eine ehrenrührige Beschimpfung, die sich selbst ein Arbeiter nicht brauche gefallen zu lassen. Auch die Lohnabzüge wegen Verspätungen und peinliche Untersuchungen gäben zu lebhaften Klagen Anlaß. So habe man Arbeiter untersucht, ob sie Schnapsflaschen bei sich trügen. Nach Einführung des Monopols würde man sie wohl im umgekehrten Sinne untersuchen. (Heiterkeit.) Redner verliest zum Erweise seiner Behauptungen mehrere Briefe von Werftarbeitern.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Ich bin insofern von der Rede des Abg. Liebknecht befriedigt, als ich erwartet hatte, daß, wenn ein Führer der Sozialdemokraten unter 7000 Werftarbeitern die Gravamina gegen die Verwaltung zusammensucht, und sich dabei lediglich auf die subjektiven Angaben der Beschwerdeführer stützt, eine ganz andere Blumenlese dabei herauskommen würde, als sie uns hier eben vorgeführt wurde. Ich kann mich jetzt auf Einzelheiten nicht einlassen; die Partei des Vorredners war in der Kommission nicht vertreten; dort hätte ich eher auf solche Dinge eingehen können. Die Disziplin auf den Werften muß im Interesse der gesammten Marine durchaus eine straffe sein; und ich habe weit mehr dagegen zu kämpfen, daß die menschliche Gutmüthigkeit da, wo mit Reichsgeldern und nicht mit eigenen Geldern gewirthschaftet wird, über das erlaubte Maß hinausgeht, als dagegen, daß sie dahinter zurückbleibt. Die Kontrole der Arbeiter in Bezug darauf, daß sie nicht etwa Kupfer, Bronze 2c. mitnehmen, hat sich in Folge der früher vorgekommenen großen Veruntreuungen als durchaus nothwendig herausgestellt. Auch der Ueberhandnahme alter Arbeiter in den Werften muß vorgebeugt werden, weil gerade auf den Werften oft große Arbeiten ohne jede Betriebsunterbrechung binnen kurz bemessener Fristen ausgeführt werden müssen. Uebrigens nehmen auch Privatfabriken nicht gerne alte Arbeiter; ebensowenig stellt der Staat so leicht alte Beamte an. Uebrigens wird seitens der Werftverwaltung durchaus human verfahren. Auf der ältesten unserer Werften, der in Danzig, beträgt die Zahl der Arbeiter unter 50 Jahren 52,1 pCt.; zwischen 40 und 50 Jahren 23,6 pCt.; zwischen 50 und 60 Jahren 6,2 pCt.; zwischen 60 und 70 Jahren 7,4 pCt., und über 70 Jahre 0,7 pCt. Aus diesen Zahlen kann eine Benachtheiligung der älteren Arbeiter gewiß nicht gefolgert werden.

Abg. Hänel: Ich muß sagen, daß mir Klagen von Werftarbeitern, wie sie Abg. Liebknecht vorgetragen hat, nicht zu Ohren gekommen sind. In Betreff der Arbeiterentlassungen meine ich, daß auch die Marineverwaltung sich nach dem Bedarf an Arbeit zu richten hat. Das Recht auf Arbeit, das hier einmal proklamirt ist, kann auch eine Reichsverwaltung nicht durchführen. Ueber die Entlassungen selbst darf man sich daher wohl nicht beschweren, sondern nur über die Art und Weise, wie sie erfolgt sind. Es handelte sich hier nicht um gewöhnliche Tagelöhner, die rasch wieder Arbeit finden, sondern um gehobene und auch nicht ganz junge Arbeiter. Man hätte deshalb mit den Entlassungen nicht stoßweise vorgehen sollen, wie das besonders im Juli geschehen ist. Weiter hätte man auf das Alter Rücksicht nehmen sollen, und in diesem Falle hätte es sich auch wohl gehört, daß man den deutschen Arbeitern eine besondere Berücksichtigung hätte zu Theil werden lassen. Ich bezweifle die wohlwollenden Absichten des Chefs der Admiralität und der Werftverwaltung keineswegs. Ich habe deshalb auch gegen sie keine Anklagen erheben, sondern nur die Gesichtspunkte geltend machen wollen, die bei der Entlassung von Arbeitern Berücksichtigung finden sollten.

Abg. Liebknecht bestreitet, daß er besondere Anstrengungen gemacht, um Beschwerdematerial von den Werftarbeitern zu erlangen. Was er vorgetragen, sei ihm von Arbeitern freiwillig zugetragen worden.

Das Kapitel wird bewilligt, und auch im Uebrigen das Ordinarium nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben beantragt die Kommission, statt zweier geforderten neuen Kreuzer nur einen zu bewilligen, und demgemäß 600 000 M. zu streichen.

Abg. Windthorst erklärt, er werde nicht nur für die von der Kommission beantragte Streichung stimmen, sondern auch für Streichung des anderen Kreuzers, weil die beiden Schiffe in Folge der Kolonialpolitik gefordert werden. Ehe man nicht größere Klarheit über die ferneren Ziele dieser Politik habe, werde das Zentrum Mehrbewilligungen dafür überhaupt nicht zustimmen.

Referent Rickert weist darauf hin, daß ein Zusammenhang der Position mit der Kolonialpolitik nicht nachgewiesen und auch in der Kommission nicht zur Sprache gekommen sei.

Chef der Admiralität v. Caprivi bestätigt dies als richtig.

Abg. Windthorst erwidert, aus den der Position im Etat beigefügten Erläuterungen ergebe sich gerade die Richtigkeit seiner Anschauung.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Die Kommission beantragt, die für einen neuen Aviso als erste Rate geforderten 800 000 M. zu streichen.

Die Abgg. v. Saldern-Ahlimb und Hammacher befürworten die Bewilligung der Forderung. Im Interesse der Küstenvertheidigung ist der Bau eines neuen Avisos dringend erforderlich.

Abg. Meier (Bremen): Man hat aus Sparsamkeitsrücksichten die Bewilligung der Forderung versagt. Das ist eine falsche Sparsamkeit, gerade vom Standpunkte der Sparsamkeit muß ich die Bewilligung der Forderung empfehlen. Im Jahre 1884 sah sich die Admiralität gezwungen, vom Lloyd einen Dampfer zu chartern, weil sie keinen Aviso zur Verfügung hatte. Derselbe war kaum zurückgekehrt, als er aufs Neue gechartert wurde und noch ein zweiter dazu. Beide Dampfer haben natürlich ihre Aufgabe nur in unvollkommener Weise erfüllen können, weil sie nicht für einen solchen Zweck erbaut waren. Solche Fälle werden sich wiederholen, und Sie werden erfahren, daß dieser Forderung gegenüber Sparsamkeit nicht angebracht ist. Wir gebrauchen schnellere Schiffe, die alten Avisos sind nicht mehr im Stande, den Dienst so zu versehen, wie sie sein sollten; und dieser neue Aviso soll zugleich als Torpedofänger dienen. Die englische Regierung baut jetzt 10 solcher Torpedokreuzer mit einer Geschwindigkeit von 16½ Knoten, während unsere Avisos nur eine Geschwindigkeit von 13—14 Knoten haben. Unsere Schiffe sind also den Schiffen anderer Nationen gegenüber nicht mehr im Stande, das zu leisten, was sie leisten sollten. Wenn wir unserer Marine enge Grenzen ziehen müssen, so sollten wir innerhalb derselben doch suchen, unsere Schiffe in den vollkommensten Zustand zu versetzen und so die Streitfähigkeit derselben zu erhöhen, so daß, wenn auch unsere Flotte nur klein ist, wir doch in einzelnen Fällen Aussicht haben, siegreich aus einem Kampfe hervorzugehen. Hier liegt ein Fall vor, wo wir nicht sparen, nicht knickern sollten; es wäre das nur eine verkehrte Sparsamkeit. Diesmal hat die Admiralität die Dampfer noch zu mäßigen Preisen erhalten, weil die Schifffahrt darniederlag. Ist das nicht mehr der Fall, so würden sich die Preise ganz anders gestalten. Aus Sparsamkeit bitte ich Sie daher, die Forderung zu bewilligen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Chef der Admiralität von Caprivi: In jeder Art der Kriegführung ist es von Wichtigkeit, daß die Nachrichten über den Feind sicher eingehen. Zur See ist aber das einzige Mittel des Verkehrs das Auge, da giebt es keinen Telegraphen, da kann man keine Kundschafter, keine Spione gebrauchen, ich muß das feindliche Geschwader sehen. Was ich mit dem Auge sehe, ist allein von Werth, und diese Augen sind die Avisos. Die von 1873 sind aber nicht mehr zu gebrauchen, weil der Feind schneller geworden ist, ein lahmes Pferd kann mir auf Vorposten nichts nützen. Wenn ein Krieg ausbräche, würden wir einen Aviso vor dem kleinen, einen vor dem großen Belt und einen gegen Nordwesten gebrauchen. Das sind allein drei Avisos. Hier sind wir also so schwach, wie es sich mit dem Reichsinteresse nicht verträgt und ich muß schon von diesem Standpunkte aufs Dringendste die Bewilligung erbitten. Ich stimme mit dem Herrn Abg. Meier darin überein, daß die Oekonomie hier schädlich wirken könnte. Noch schlimmer würde es sein, wenn wir bei einer Mobilmachung genöthigt wären zu requiriren, zu kaufen, im Auslande zu kaufen, dann würden wir größere Summen ausgeben, als jetzt gefordert werden und doch nur Schiffe kaufen, welche sich zur Hälfte des wahren Werthes stellen. Die kaiserliche Marine ist in Bezug auf Ersatz- und Neubauten mit einer auffallenden Sparsamkeit vorgegangen. Für Ersatzbauten sind durchschnittlich jährlich 2½ Millionen verwendet worden. Wenn man das Schiffsmaterial nur zu 150 Millionen und die Durchschnittsdauer eines eisernen Kriegsschiffes zu 30 Jahren annimmt, so würden wir jährlich 5, bei einer Abschreibung von 4 pCt., wie sie, wenn ich nicht irre, der Bremer Lloyd jährlich vornimmt, sogar 6 Millionen anlegen müssen. Wir sind hier also am äußersten Punkt der Bescheidenheit angelangt. Gerade heute würden wir, wenn wir einen brauchbaren Aviso in den fremden Gewässern hätten, viel billiger fortkommen; weil aber das dort liegende Schiff nichts mehr nützt, müssen wir Summen aufwenden, welche sich an der hier geforderten Summe durch angehängte Nullen ausdrücken würden. In der Presse und anderen öffentlichen Aeußerungen habe ich die Warnung gelesen, man solle uns die Marine doch nicht zur Marine erster Klasse machen wollen, man würde es doch nicht machen können. Dabei ist immer Voraussetzung, daß wir eine tüchtige Marine zweiter Klasse hätten. Das mag bei Festsetzung des Flottengründungsplanes richtig gewesen sein, was inzwischen seitens Rußlands und Italiens geschehen ist, hat bewirkt, daß wir faktisch auf einer Marine dritten Ranges angekommen sind. (Hört! hört! rechts.) Ich lege Werth darauf, dies vor dem Lande zu konstatiren. Es ist im Lande ein gewisser Idealismus für die Flotte vorhanden, aber wenig Verständniß für die realen Machtverhältnisse. Ich bitte Sie, bringen Sie uns nicht unter eine Marine dritten Ranges. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, so wird zur Auszählung geschritten. Dieselbe ergiebt bei 83 „Ja" gegen 96 „Nein" die Nichtbeschlußfähigkeit des Hauses.

In Folge dessen wird um 5 Uhr die weitere Berathung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 26. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische v. Puttkamer, Friedberg, Lucius, und Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Etats für 1886/87 fort und zwar beim Spezialetat der Domainenverwaltung. Beim Titel: Einnahmen aus Domainenvorwerken 14 164 013 M. bemerkt

Abg. v. Minnigerode: Die Erträge der Neuverpachtungen zeigen ein Plus von 200 000 M. 24 Domainen haben einen Mehrertrag geliefert. Der Löwenantheil hiervon mit der Hälfte fällt aber auf 2 Domainen. Bei 19 Domainen ist ein erheblicher Rückgang zu konstatiren. Was soll bei dem weiteren Rückgang der Landwirthschaft aus unseren Domainen werden? Das giebt zu denken.

Abg. Dirichlet (dfr.): Als neulich Herr v. Minnigerode zum Etat sprach, hielt er ein Drittel Reichstagsrede, zwei Drittel Landrathschaftsrede, Alles, nur keine preußische Etatsrede. (Widerspruch rechts.) Ich hätte damals dem geantwortet, aber die Ritterlichkeit unserer benachbarten, jetzt gouvernemental gewordenen Partei macht ja in dem Augenblicke Schluß der Diskussion, wo sie den Gegner angegriffen hat. Ich möchte die Herren von der Rechten doch bitten, gefälligst aufzuhören, sich als Staatspensionäre zu betrachten. Sie haben im Reichstage Ihre Zölle durchgesetzt, mehr als die Regierung Anfangs wollte. Trotzdem klagen Sie immer weiter. Sie behaupten, die Interessenten der Landwirthschaft seien die Majorität des Landes, und nun verlangen Sie, daß diese Majorität unterstützt werden solle auf Kosten der Minorität. Ich will dem Herrn Minister nur auf einen seiner Wege folgen, nicht auf dem der Schwarzseherei, sondern auf dem der rosigen Schilderung. Ich kann heute keine allgemeine Nothlage der Landwirthschaft zugeben, wohl aber, daß es vielen Einzelnen schlecht geht. Sie haben den Zwischenhandel abgeschafft, Sie haben uns vom Weltmarkte abgeschlossen, und nun fehlt Ihnen der Absatz. Das sind die Thatsachen, das ist die praktische Erfahrung, die Sie stets verlangen und der Sie sich doch nicht völlig verschließen sollten. — Auch in Bezug auf den vom Vorredner so betonten Rückgang der Pachtpreise kann ich nicht einstimmen. (Beifall.)

Minister der Landwirthschaft Dr. Lucius: Man hat mir vorgeworfen, daß ich meine Schilderungen rosig und schönfärbe, je nachdem ich eine Vorlage einzubringen habe. Ich muß sagen, von Rechtswegen hätte ich diesen Vorwurf von einem Abgeordneten, der seit Jahren den Verhandlungen des Reichstages und des Landtages folgt, nicht ausgesetzt sein dürfen. Ich habe schon wiederholt hervorgehoben, daß es keineswegs ein Gegensatz ist, zu betonen, daß Landwirthschaft und Grundbesitz sich in einer Nothlage befinden, während ich auf der anderen Seite konstatire, daß sich in landwirthschaftlichen Betrieben große Fortschritte vollzogen haben. Das ist kein Gegensatz. Unsere Getreidepreise sind niedriger als selbst in London. Dagegen sind die Löhne in den letzten Jahren um 35, ja bis 70 Prozent gestiegen. Es sind alle diejenigen Ausgaben gestiegen, welche unabhängig sind vom Willen des Besitzers. Wenn nun auf der einen Seite die niedrigsten Preise, auf der anderen Seite die Betriebskosten stehen, so ist es ganz unzweifelhaft, daß sich die Lage der Landwirthschaft verschlechtert hat. Wenn der Vorredner sagt, daß die Zollpolitik überall nur Mißerfolge zuweisen hat, so ist er uns den Beweis schuldig geblieben, wenn das Getreide in Folge der Zölle nicht im Preise gestiegen ist, so frage ich, wie würde es erst mit dieselben mit unserer Landwirthschaft stehen? (Heiterkeit rechts.) Durch die Zollpolitik ist der Zwischenhandel auf ein niedrigeres Niveau gebracht und die Spekulation ist eingeschränkt worden, was ich nur für eine günstige Erscheinung halte, da ohne die Zollpolitik wahrscheinlich über diesen gesammten Konjunktionen eine Masse Getreide nach Deutschland gebracht wäre. Es ist auch zu beachten, daß die gesammte landwirthschaftliche Bevölkerung auch Steuerzahler ist und daß die Einnahmen der Zölle den Landwirthen direkte Steuern erleichtern. Aber wenn Sie sagen, daß die Zollpolitik gar nichts genützt hat, so sind das Behauptungen, die in keiner Weise bewiesen sind. Ich glaube mich auf diese Bemerkungen beschränken zu können und erwarte den Gegenbeweis.

Nachdem noch verschiedene Abgeordnete nichts Besonderes gesprochen, wird der Etat der Domainenverwaltung genehmigt, ebenso der Etat der Forstverwaltung.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Antrag Ulrich betr. die geheime Wahl.) — Am Donnerstag soll der Antrag Achenbach wegen der Ausweisungen zur Verhandlung kommen.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 28. Januar, Nachmittags 5 Uhr. Drei Naturalisationsgesuche — Wahl von 10 Mitgliedern für die Schuldeputation und von 5 Mitgliedern für die Deputation zur Verwaltung der Kanalisationswerke — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Verwaltung der für den Grundstücks-Erwerbungsfonds erlassenen Bestimmungen — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Vermiethung einer Wohnung im Rathswaagegebäude am Alexanderplatz — Vorlage, betr. die Aufnahme einer Anleihe — Vorlagen, betr. die Skizzen zum Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Mühlenstraße 49.50 und am Tempelhofer Ufer Nr. 2, sowie einer katholischen Gemeindeschule auf dem Schulgrundstücke Bernauerstr. 89 und Sundstraße 70 — Vorlage, betr. das Dankschreiben von Anwohnern der Fehrbellinerstraße für die Bepflanzung der Straße mit Bäumen — desgl., betr. die Verlängerung des Vertrages über die Einquartierungsverhältnisse der nicht kasernirten Theile — desgl., betr. die Erwerbung des Grundstückes Potsdamerstr. 74 in die Straße 11 fallenden Terrains — desgl., betr. die Erstattung des Kaufpreises für das Schulgrundstück in der Demminerstraße aus dem Grundstücks-Erwerbungsfonds — zwei Rechnungen — Vorlage, betr. die Zahlung eines Gnaden-Quartalgehalts — eine Unterstützungssache — eine Aufstellungssache. Außerdem findet in dieser Sitzung um 7 Uhr die Wahl von zwei unbesoldeten Stadträthen statt.

w. **Die Karenzzeit der Krankenkassen.** Im Anschluß an das s. Z. veröffentlichte Reskript vom 9. Dezember, wonach die im § 6 Nr. 2 des Krankenversicherungsgesetzes

den Bezug des Krankengeldes vorgeschriebene dreitägige Karenzzeit durch Bestimmungen der Kassenstatuten nicht beseitigt werden darf, hat der Minister für Handel und Gewerbe unter dem 5. Januar d. J. dahin entschieden, daß ältere vor dem Inkrafttreten des obigen Gesetzes errichtete Krankenkassen, welche nach den bis dahin geltenden statutarischen Bestimmungen eine Karenzzeit überhaupt nicht oder nicht in dem Umfange des § 6 ꝛc. gehabt und diese Bestimmung bei Abänderung ihrer Statuten nach Maßgabe des § 85 a. a. O. auf Grund des Absatz 4 daselbst beibehalten haben, nicht genöthigt werden können, die dreitägige Karenzzeit einzuführen.

w. **Die Petition verschiedener Anwohner des Lützow-Platzes** um endliche Regulirung dieses Platzes hat der Magistrat beschlossen abzulehnen, da die Kosten seiner Erwerbung nach den gegenwärtigen Forderungen der Besitzer sich zu hoch stellen würden.

w. **Um die Ueberbürdung** der in den Außen-Bezirken liegenden Gemeindeschulen durch Einschulung von Kindern aus den Nachbarorten zu vermeiden, hat der Magistrat beschlossen, für solche Kinder ein Schulgeld von 2 M. zu erheben. Der Orts-Vorstand von Treptow hat jetzt beim Magistrat beantragt, für diejenigen in eine Berliner Gemeindeschule eingeschulten Kinder der Gemeinde Treptow, für welche letztere an Stelle der unvermögenden Eltern das Schulgeld bezahlen muß, solches zu ermäßigen. Der Magistrat hat beschlossen, den Antrag abzulehnen.

w. **Neue Brücke.** Bekanntlich schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Stadtbahnverwaltung wegen Herstellung einer Fußgängerbrücke über die Spree im Anschluß an die Stadtbahnbrücke beim Bahnhof „Friedrichstraße". Da diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnisse bisher nicht geführt haben, so hat die städtische Bau-Deputation beschlossen, von der Herstellung der Brücke im Zusammenhang mit der Eisenbahnbrücke ganz abzusehen, dagegen aber die Frage der Herstellung einer besonderen Fußgängerbrücke im Zuge der Albrechtstraße näher zu prüfen.

Lokales.

Ein Aufenthalt in der „Arbeiterkolonie" Berlin N., Reinickendorferstr. 36a, scheint, nach der von einem Arbeiter als wahr verbürgten Schilderung seiner eigenen Erlebnisse in der Anstalt zu urtheilen, nur wenig Anziehendes für beschäftigungslose, darbende Arbeiter, ja selbst für die Allerärmsten unter den Arbeitslosen zu haben, denen der leere Magen knurrt und vor Frost und Entkräftung die matten Glieder schlottern. Am allerwenigsten aber dürfte ein solcher Aufenthalt den pomphaften Anpreisungen und Lobeserhebungen entsprechen, in denen sich unsere Offiziösen und deren konservative, mehr oder minder fromme und „christlich-soziale" Auftraggeber ergehen, wenn sie für jene Wunderschöpfungen modernen „praktischen Christenthums" die Lärmtrommel rühren und die Heilkraft all' der erstaunlichen Liebeswerke rühmen, womit man in der gegenwärtigen staatssozialistelnden Aera einer sogenannten „Sozialreform" die Sozialdemokratie „überwinden", das Vagabundenthum abschaffen, die Noth des „armen Mannes" beseitigen, das soziale Elend verbannen, kurz und gut die „soziale Frage" lösen zu können glaubt, oder sich mindestens den Anschein zu geben sucht, als sei man im besten Zuge, das große Werk zu vollbringen. Da ist es denn immer nützlich und vortheilhaft, sich diese schönen Dinge ein klein wenig in der Nähe zu betrachten und zu erfahren, wie es in Wirklichkeit damit steht. Eben darum wollen wir uns jetzt einmal mit der vorstehend erwähnten Schilderung einer solchen „Arbeiterkolonie" befassen, indem wir einfach die betreffenden Angaben unseres Gewährsmannes wiedergeben. Derselbe, seines Zeichens ein Schneidergeselle, gerieth, so erzählt er, im Dezember v. J., als er sich seit Wochen beschäftigungslos und gänzlich mittellos, nach Arbeit suchend auf der Straße umhertrieb, auf Empfehlung eines ihm nicht näher bekannten Arbeiters, mit dem er zufällig zusammengetroffen war und dem er sein Schicksal geklagt hatte, in die genannte „Arbeiterkolonie Berlin N." Dort hoffte er für entsprechende Arbeit sich Nahrung und Obdach und dabei gerade so viel als nöthig zu verdienen, um so bald als möglich wieder in der Freiheit mit neuem Muthe den Kampf ums Dasein aufnehmen zu können. Doch verfehlte der ihm von jenem Arbeiter als Legitimation behufs Aufnahme in die Anstalt mitgegebene Zettel seine Wirkung; der Hausvater der Anstalt erklärte dem Hilfesuchenden, daß er ihn daraufhin nicht aufnehmen könne, und Jenem blieb nichts übrig, als beileinl zur Landstraße und nach der Stadt zurückzukehren. Dort ließ ihn alsbald das bekannte Glück im Unglück einen neuen Helfer in der Person eines Restaurateurs Schw . . . . finden, der ihm, nachdem er von seiner in der „Kolonie" erfahrenen Abweisung gehört hatte, ebenfalls einen Legitimationsschein für jene Anstalt ausstellte, wozu er, seiner Erklärung nach, als Mitglied des betreffenden Wohlthätigkeits-Vereins, befugt sein wollte. Und so war es auch, der Schein wirkte und unser Schneidergeselle fand Aufnahme. Dort überlud man ihm am 6. Dezember v. J., Morgens 9 Uhr, sofort nach Eintritt das „Putzen" von Champagnerhülsen, von denen jeder damit Beschäftigte täglich mindestens 800 Stück bewältigen muß, wenn er sich nicht empfindlicher Strafe in Form von Entziehung der Mittags- oder Abendkost aussetzen will. Nachts bekam unser Gewährsmann, der Schneidergeselle K. P., einen defekten Strohsack als Lager angewiesen. Das Tagwerk beginnt in der Anstalt Morgens um 4¾ Uhr, zu welcher Zeit aufgestanden werden muß. Um ½6 Uhr geht es an die Arbeit; um ½8 Uhr wird das erste Frühstück, bestehend in einem halben Liter Mehlsuppe nebst kleinem Stückchen trocken Brod, um 10 Uhr das zweite Frühstück, eine „Schmalz-Stulle", und um 12 Uhr die Hauptmahlzeit in Gestalt einer aus der benachbarten Volksküche bezogenen halben Portion Mittagbrod, eingenommen; sodann giebt es um 4 Uhr als Vesperbrod eine kleine Tasse Bichorien mit einem Stückchen trocken Brod, worauf wieder bis ½8 Uhr gearbeitet und schließlich als Abendbrod ein halber Liter Mehlsuppe (wie beim Frühstück) mit einem Stückchen trocken Brod, jezuweilen alle vierzehn Tage einmal mit „Pellkartoffeln" und Hering vertilgt oder wenigstens dargeboten wird. Als der von allem Gesehenen und Gehörten nur wenig erbaute Schneidergeselle am nächsten Morgen dem Anstaltsgeistlichen, Prediger Wegener, über eine wegen des herrschenden Frostes schlaflos zugebrachte Nacht und das eingefrorene Waschwasser klagte, habe der geistliche Herr gemeint, man wohne hier eben nicht in einem Hotel. Auch seien, bemerkt unser Gewährsmann, diejenigen Personen, welche die Anstalt durch Schenkung getragener Wäsche- und Kleidungsstücke unterstützen, wohl jedenfalls der Ansicht, die Armen, welche sich keine Kleider anzuschaffen vermögen, dadurch in den Stand zu setzen, sich zu bekleiden. Dieser Zweck würde aber in jener Arbeiterkolonie so gut wie gar nicht erreicht, da man solche Liebesgaben keineswegs geschenkt bekommen, sondern sich lassen müsse, wozu das in der Anstalt angeblich zu verdienende Geld für geleistete über das Maß des täglichen Arbeitspensums hinausgehende Mehrarbeit verwendet werden soll. Doch habe das seine Schwierigkeiten, wenn es nicht ganz unmöglich sei; denn das Maß des vorgeschriebenen täglichen „Arbeitspensums", wofür es nur die oben erwähnte Naturalverpflegung giebt, sei so hoch, als nur irgend möglich bemessen und werde wohl nicht oft und nicht von vielen überschritten. Auch seien die Geldgratifikationen für diese Art „Mehrarbeit" äußerst kärgliche; beispielsweise betragen sie für Tischlerarbeiten und Peitschenstockmachen täglich 20 Pf. (!) Daß unter solchen Umständen von einer wirksamen Förderung und Unterstützung beschäftigungsloser armer Arbeiter keineswegs, sondern höchstens nur von momentanem Schutz vor dem Verhungern gesprochen werden kann, wird hiernach wohl jeder Unparteiische zugeben müssen, gleichwie nicht minder, daß solche „Arbeiterkolonien" durchaus nicht des Wesens und Geschreies werth sind, welche die Berliner Stadtmission und ihre Protektoren und Freunde davon zu machen pflegen.

ar. **Den Referendarien,** die bekanntlich nach einer zweijährigen Dienstzeit als General-Bevollmächtigte der Anwälte fungiren können, scheint man jetzt bei Vertheidigungen von behördlicher Seite Schwierigkeiten machen zu wollen. Als heute vor der Berufungskammer des Landgerichtes I ein solcher Referendar, der durch Präsidialverfügung einem hiesigen Anwalt zur Beschäftigung überwiesen war, plaidiren wollte, erklärte der Staatsanwalt, ihn als Vertheidiger ablehnen zu müssen. Der junge Referendar protestirte gegen ein derartiges Novum und veranlaßte einen Beschluß des Gerichtes. Die Kammer trat denn auch nach kurzer Berathung auf die Seite des Referendars und ließ denselben in Vertretung des Anwaltes als Vertheidiger zu.

b. **Die Eisernte auf dem Nummelsburger See** bietet ein eigenthümliches Schauspiel. Ueber die ganze Breite des See's gehen Gespanne mit Eispflügen hin und her und lange Reihen von Arbeitern sägen die von den Pflügen markirten quadratischen Blöcke mit großen Blattsägen heraus. Eine ganze Anzahl von Paternosterwinden hebt die Blöcke dann zu den Eishäusern hinauf und es gewähren die in der Sonne funkelnden Eisblöcke, die sich in ununterbrochenen Linien folgen, einen brillanten Anblick.

b. **In der Potsdamerstraße** ist es jetzt nicht ungefährlich, oben auf einem Omnibus zu fahren. Die Aeste der Bäume streifen so weit auf den Fahrdamm herüber, daß die Hüte und selbst die Augen der Deckpassagiere in Gefahr kommen. Es thut den Aesten eine Kürzung dringend Noth.

In der Marunge'schen Mordsache war mit der Familie Marunge gleichzeitig der Klempner Adolf Schiemann unter dem Verdachte der Mitthäterschaft verhaftet worden. Schiemann sollte durch einen an seinen hier lebenden Vater gerichteten Brief den Verdacht der Behörde wachgerufen haben. Schiemann, welchem für den Tag des Mordes, 31. Oktober 1884, der Alibibeweis gelungen ist, hat, wie er behauptet, in dem fraglichen Brief nur um Geld gebeten, weil er krank und stellenlos war. Geld von der Marunge'schen Familie erpressen zu wollen, sei ihm gar nicht eingefallen. Seine Verhaftung hat er seiner eigenen jüngsten Schwester zu verdanken. Dieselbe hat behauptet, daß ihr Bruder bei einer Gelegenheit ihr gedroht habe, „er werde sie, wenn sie ihn ärgerlich mache, ebenso erstechen, wie er Marunge erstochen habe." Auch der Vater soll den Sohn durch seine Aussagen belastet haben, dessen Unschuld an dem Morde nun wohl festgestellt ist, da Schiemann, wie die Charlottenburger Blätter melden, gestern entlassen worden ist. Er hatte zur Zeit des Mordes bei Marunge gewohnt und für sie Kartoffeln gefahren.

Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 10. bis 16. Januar 1886 von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 21,3, in Breslau 24,9, in Königsberg 36,9, in Köln 26,5, in Frankfurt a. M. 20,7, Wiesbaden 17,8, in Hannover 26,8, in Kassel 22,7, in Magdeburg 28,3, in Stettin 26,1, in Altona 30,3, in Straßburg 21,3, in Metz 26,0, in München 27,0, in Nürnberg 20,9, in Augsburg 28,4, in Dresden 22,7, in Leipzig 27,8, in Stuttgart 16,5, in Karlsruhe 19,6, in Braunschweig 23,2, in Hamburg 29,7, in Wien —, in Budapest 32,0, in Prag 33,4, in Triest —, in Krakau 31,8, in Basel 18,5, in Brüssel 27,8, in Amsterdam 27,9, in Paris 26,4, in London 23,9, in Glasgow 26,6, in Liverpool 23,8, in Dublin 33,3, in Edinburg 22,1, in Kopenhagen 20,0, in Stockholm 20,5, in Christiania 26,8, in Petersburg 31,1, in Warschau 28,4, in Odessa 35,8, in Rom 22,1, in Turin —, in Venedig 37,1 in Madrid —, in Alexandrien —. In der Zeit vom 19. bis 26. Dezbr. a. pr. in New-York 22,4, in Philadelphia 17,1, in Baltimore 16,5, in San Franzisko 21,6, in Kalkutta —, in Bombay 27,4, in Madras 43,2. Die Sterblichkeit hat in den meisten Großstädten Europas in der Berichtswoche wieder etwas zugenommen. Insbesondere wurden aus den west- und südwestlich gelegenen, namentlich aus den größeren niederrheinischen und süddeutschen Städten, sowie aus Paris und London höhere, aus den mittel- und norddeutschen Orten (Berlin, Dresden, Braunschweig, sowie aus Kopenhagen, Stockholm) niedrigere Sterblichkeitsziffern gemeldet. Zahlreicher als in der Vorwoche traten in den westlicheren und südlicheren Städten, in Folge des daselbst während der Berichtswoche herrschenden strengeren Frostwetters, akute entzündliche Prozesse der Athmungsorgane auf, die, gleichwie Lungenschwindsucht, in vielen Städten, wie in Aachen, Barmen, Berlin, Dresden, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Mülhausen i. E., München, Nürnberg, Paris, London u. A. eine größere Zahl von Sterbefällen herbeiführten. Darmkatarrhe und Brechdurchfälle der Kinder zeigten vielfach eine Steigerung. Die Theilnahme des Säuglingsalters an der Sterblichkeit war im Ganzen eine etwas größere. Von 10 000 Lebenden starben, aufs Jahr berechnet, in Berlin 54, in München 82 Säuglinge. Von den Infektionskrankheiten haben Masern, Keuchhusten und Pocken mehr, Scharlach fast die gleiche Zahl von Sterbefällen wie in der Vorwoche hervorgerufen, während Diphtherie, Unterleibstyphus und Kindbettfieber etwas weniger Todesfälle veranlaßten. — Masern-Todesfälle haben in Berlin, Dresden, Bremen, Duisburg, Karlsruhe, Amsterdam, London, Paris und St. Petersburg wieder zugenommen; auch in Budapest fordern Masern viel Opfer, während in Danzig und Liverpool eine Abnahme der Sterbefälle ersichtlich wurde. In den Regierungsbezirken Hildesheim, Königsberg sowie in Hamburg waren Masernerkrankungen gleichfalls sehr zahlreich. — Das Scharlachfieber verlief in Berlin, Dresden, Halle, London, Stockholm, Christiania etwas häufiger tödtlich, in Hamburg, Paris, St. Petersburg sank dagegen die Zahl der Todesfälle. — Die Sterblichkeit an Diphtherie und Kroup war in Altona, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hamburg, Leipzig, Magdeburg, London, Christiania eine größere, während in Berlin, Breslau, Danzig, Halle, Kassel, Königsberg, München, Amsterdam, Pest, Paris, St. Petersburg, Warschau, Stockholm die Zahl der Sterbefälle eine etwas kleinere wurde. Das Vorkommen von Unterleibstyphus blieb im Allgemeinen ein beschränktes, nur in Paris, Warschau, Zürich stieg, in Berlin, Hamburg, St. Petersburg, London sank die Zahl der Sterbefälle. — Aus dem Regierungsbezirk Aachen, aus Stockholm, Edinburg, St. Petersburg wurden vereinzelte Erkrankungen an Flecktyphus gemeldet. — Auch Rückfallsfieber zeigten sich in St. Petersburg mehrfach (mit 9 Todesfällen). — Der Keuchhusten rief in Berlin, London, Liverpool, Dublin noch viel Sterbefälle hervor; in Hamburg hat die Zahl der daran Erkrankten etwas abgenommen. — Pocken führten im Allgemeinen mehr Todesfälle herbei, besonders war in Budapest, Wien, Paris, Venedig ihr Vorkommen ein häufiges. In beschränkter Zahl zeigten sich Pocken in Prag, St. Petersburg, Odessa, vereinzelt in Liverpool und Warschau. — Aus deutschen Städten wurden aus Leipzig und Müllrose (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.) je 1 Todesfall, aus letzterem Orte auch 4, aus dem Reg.-Bez. Marienwerder 6, aus Hamburg 2 Erkrankungen an Pocken gemeldet. — Mittheilungen über weiteres Auftreten der Cholera sind in der Berichtswoche nicht gemacht worden.

Polizei-Bericht. Am 25. d. M. Morgens erhängte sich eine Frau in ihrer Wohnung, Wilsnackerstraße, mittelst einer Schnur an einem Nagel der Küchenthür. — An demselben Tage Vormittags fiel eine Frau auf dem Bürgersteige vor dem Hause Oranienstr. 186 in Folge Ausgleitens zur Erde und brach den Arm. — Zu derselben Zeit vergiftete sich ein Mann in einer Metallwaaren-Fabrik in der Dresdenerstraße, wo er beschäftigt war, mittelst Cyankali. — An demselben Tage Nachmittags wurde der Arbeiter Oswald, welcher mit dem Reinigen der Pferdebahngeleise in der Potsdamerstraße beschäftigt war, vor dem Hause Nr. 44 von einem Omnibus überfahren und schwer verletzt, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht werden mußte. — Am 25. d. M. wurde die Feuerwehr Vormittags zur Löschung eines Schornsteinbrandes nach der Königgrätzerstr. 47 und am Abend desselben Tages nach der Bankstraße 53 gerufen, wo in einer Bäckerei vor dem Backofen lagerndes Holz in Brand gerathen war. — Am 26. d. M. Morgens entstand im Hause Kurstr. 30 Feuer. Es brannte die Ballenlage unter einer Kochmaschine. Die Feuerwehr löschte das Feuer in kurzer Zeit.

Gerichts-Zeitung.

Sieben Vorstandsmitglieder des Fachvereins der Berliner Stuckateure standen vor den Schranken der 96. Abtheilung hiesigen Schöffengerichts, um sich auf eine Anklage wegen Uebertretung des § 6 des Reichspreßgesetzes zu verantworten. Ende Oktober v. J. war von dem Gesammtvorstande des genannten Vereins die Herausgabe eines an die Stuckateure und Berufsgenossen zu richtenden Flugblattes beschlossen und, nachdem der Inhalt desselben festgestellt war, der erste Vorsitzende Herr Meißner damit betraut worden, das qu. Flugblatt drucken und vertheilen zu lassen. Dieser führte den erhaltenen Auftrag aus und ließ die Schrift in der Buchdruckerei von Bading drucken. Unterzeichnet war dieselbe: „Der Vorstand des Fachvereins Berliner Stuckateure", ohne daß ein bestimmter Namen des verantwortlichen Verlegers oder Verbreiters genannt war, wie es § 6 des Preßgesetzes für alle zur Verbreitung bestimmten Druckschriften fordert. Infolge dieses Mangels wurde gegen Bading, Meißner und 8 Vorstandsmitglieder ein Strafbefehl erlassen. Sieben der letzteren riefen richterliche Entscheidung an, weil nicht sie, sondern lediglich Meißner für die unterlassene Angabe seines Namens verantwortlich sei. Drei Angeklagte machten noch den Einwand, daß sie nicht eigentliche Vorstandsmitglieder, sondern nur Revisoren seien. Der Amtsanwalt erachtete diese Einwände für unerheblich und beantragte gegen sämmtliche Angeklagte eine Strafe von 3 M. Der Gerichtshof erachtete auch die eigentlichen Vorstandsmitglieder für verantwortlich und verurtheilte sie zu je 1 M., die Revisoren seien aber kraft ihrer Thätigkeit von der Verantwortlichkeit ausgeschlossen und deshalb freizusprechen.

Die Inhaber des hiesigen Fensterreinigungs-Instituts Schenke (in Firma „Germania") und M. Mouffy standen gestern als Kläger und Beklagte vor der 99. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Der erstere war vor seiner im vorigen Jahre erfolgten Etablirung Geschäftsführer bei dem letzteren. Dieser fand sich nach dessen Fortgang veranlaßt, an seine Kunden ein Zirkular zu richten, in welchem er u. A. die Behauptung aufstellte, daß Schenke sein Vertrauen in schnödester Weise mißbraucht habe, daß er mit Unwahrheiten umginge und dergl. mehr. Der Beklagte behauptete, zu dem Erlaß des Zirkulars berechtigt gewesen zu sein, da der Kläger, noch während er bei ihm im Geschäft thätig war, dem Konkurrenzgeschäfte, dem bis zu dessen Eintritt sein Schwager Martens vorstand, die eingegangenen Bestellungen zugewiesen hätte, da bei einer Kassenrevision ca. 600 Mark fehlten und da Kläger ihm gehörige Leitern in das Konkurrenzgeschäft mitgenommen hatte. Der Kläger stellt erstere Behauptung in Abrede und giebt betreffs der bei der Revision fehlenden 600 Mark an, daß er sie für das Geschäft ausgegeben und nur die Eintragung in die Bücher vergessen habe. Außerdem behauptet er, daß er eigentlich Inhaber des Mouffy'schen Instituts gewesen. Verabredet war, daß er 125 000 Mark dafür zahlen und zwar in monatlichen Raten von 1700 Mark, die er aus den Einnahmen ziehen sollte. Da dem Beklagten aber der Beweis der Wahrheit nicht gelang, erachtete der Gerichtshof die gebrauchten Ausdrücke in dem Zirkular als über die Wahrung seines berechtigten Interesses hinausgehend und verurtheilte den Beklagten zu 100 M. ev. 10 Tage Haft.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 25. Januar. Die Welt will betrogen werden, denken manche Geschäftsleute und ziehen daraus den Schluß, daß sie ein Recht haben, die Menschen zu betrügen. In den größeren Städten ist es namentlich das Möbelgeschäft, welches von gewissenlosen Leuten zur Ausbeutung Unerfahrener benutzt wird. Da giebt es Möbelfabrikanten, deren Wahlspruch „billig und schlecht" lautet, die Grundsätze des soliden Handwerkes sind ihnen unbekannt, und ob ein Stück, welches eigentlich mehreren Generationen dienen sollte, schon im Laufe des ersten Jahres zusammenbricht, das ist ihnen vollständig gleichgiltig. Merkwürdigerweise scheuen sich diese Leute, direkt mit dem Publikum in Verbindung zu treten, vielmehr beauftragen sie in der Regel mit dem Vertriebe ihres Fabrikates Althändler und Auktionatoren, die dann ihrerseits die Waare in den Blättern anpreisen als „Gelegenheitskäufe", „aus Konkursen herrührend" oder „wegen plötzlicher Abreise" sofort spottbillig zu verkaufen. Aber nicht genug damit. Diese Händler haben wieder ihre Untergebenen, harmlos erscheinende Privatleute, welche eine solche Möbelgarnitur in ihrer Wohnung aufstellen müssen. Von Seiten dieser Leute gehen dann Zeitungsinserate aus, wie folgendes: „Eine hochfeine Zimmereinrichtung ist Verhältnisse halber sofort für den halben Preis zu verkaufen. Zu erfragen u. s. w." Das sieht nun ganz unverfänglich aus und die meisten Leute, die überhaupt mit den Verkäufern in Verbindung treten, gehen auf den Leim. Ein solches Inserat hatte im vorigen Jahre der Kaufmann Adolf Hirschberg in Leipzig im „Leipz. Tgbl." erlassen. Der Handlungsreisende E. in Gohlis, welcher im Begriffe stand, sich zu verheirathen, las dasselbe und ging in die K.'sche Wohnung, um sich die Möbel anzusehen. Er traf die verehl. K. an und diese sagte ihm, sie wolle die Möbel aus Noth verkaufen. Sie sei noch nicht lange verheirathet und beabsichtige von jetzt an aus dem Zimmervermiethen ein Gewerbe zu machen, dazu genügten aber weniger werthvolle Möbel als diese. Weiter erzählte sie, die Möbel seien auf spezielle Bestellung ihres Ehemannes angefertigt, sie seien mit Ebenholz versehen und die Polster selbstverständlich Roßhaare; die ganze Einrichtung habe 1000 M. gekostet und solle für etwa 500 M. verkauft werden. Herr E. setzte sich mit seinem zukünftigen Schwiegervater, der in Zwickau wohnt, in Verbindung und ging nach einiger Zeit mit demselben wieder zu K. Inzwischen hatten aber die K.'schen Eheleute die fragliche Einrichtung schon an einen andern verkauft und von dem Möbelhändler und Auktionator Salomon Danziger in Leipzig, von dem sie jene bezogen, eine ganz gleiche Möbelgarnitur kommen lassen, so daß E. den Wechsel gar nicht bemerkte. Jetzt war nun K. selbst anwesend und trug den beiden Herren dasselbe vor, was ihnen seine Frau schon gesagt hatte. Da er einen Theil der Möbel noch nachträglich vergoldet hatte, so verlangte er 525 Mark und für diesen Preis kaufte auch der Schwiegervater des Herrn E. die Möbel. Daß dieselben die Bezeichnung „Schund" verdienten, erkannte Herr E. erst später, dann aber machte er der Staatsanwaltschaft von der Sache Mittheilung. Es wurde darauf Anklage wegen Betrugs gegen die K.'schen Eheleute erhoben und das Leipziger Landgericht verurtheilte sie am 10. Dezember v. J. zu je 2 Monaten Gefängniß und 100 M. Geldstrafe. Es wurde festgestellt, daß die Möbel nur einen Verkaufswerth von 420 M. hatten, daß also der Käufer um 105 M. geschädigt war. Danziger hatte sich von den K's. 475 M. zahlen lassen, so daß dieser, ihre Unkosten abgerechnet, etwa 30 M. Gewinn gehabt haben. Diesen Gewinn bezeichnete das Urtheil als einen rechtswidrigen, da er durch Vorspiegelung falscher Thatsachen erlangt sei, denn der Käufer würde die Möbel nicht gekauft haben, wenn er gewußt hätte, daß der wahre Werth nur 420 M. betrug und daß K's. dieselben erst von Danziger gekauft hatten. — Die Angeklagten hatten Re-

vision eingelegt und die Feststellungen des Urtheils bemängelt, u. A. auch behauptet, es sei gar nicht zulässig, für gewisse Waaren einen festen Preis anzugeben. In der Sitzung des III. Strafsenates des Reichsgerichtes vom 25./26. Januar beantragte jedoch der Reichsanwalt die Verwerfung der Revision, da der Betrug genügend festgestellt sei. Wenn man billiger kaufen könne und durch falsche Vorspiegelungen veranlaßt werde, theurer zu kaufen, so erleide man eben eine Vermögensschädigung. — Das Reichsgericht erkannte ebenfalls die Feststellungen des Landgerichtes als durchaus zutreffend an und verwarf deshalb die Revision.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Tischlerversammlung tagte am Sonntag Vormittag in Bötzow's Brauerei. Dieselbe war von Herrn Lenz, einem Mitgliede der früheren Lohnkommission der Tischler, einberufen. Als Referent war der bekannte Herr Rödel aufgestellt. Derselbe suchte in phrasenhaften Redewendungen nachzuweisen, daß eine günstige Lohnerhöhung und Besserung der Verhältnisse im Tischlergewerk nur durch eine nach dem Muster der vorjährigen Lohnbewegung zu schaffende Organisation möglich sei. Er kramte dabei seine Weisheit über amerikanische Arbeiter Organisationen aus, die nach seinen Ausführungen nach demselben Muster wie die vorjährige Lohnbewegung der Berliner Tischler geschaffen seien. Verschiedene Zurufe bewiesen jedoch, daß viele der Anwesenden bessere Kenntniß über derartige Organisationen besaßen, als der Redner wohl voraussetzte. Im Weiteren suchte derselbe zu Gunsten einer loseren Bewegung die Stärke und Thätigkeit des Fachvereins der Tischler in ein trübes Licht zu stellen, was öftere Unterbrechungen seitens der anwesenden Fachvereinsmitglieder hervorrief. Nach genanntem Herrn ergriff Herr Klose das Wort, um die Versammlung unter Anderem über die französischen Verhältnisse aufzuklären, was ihm jedoch kaum gelungen sein dürfte. Herr Furchbar wollte jetzt verschiedene Ausführungen des Herrn Rödel widerlegen. Der Vorsitzende, Herr Lenz, war damit jedoch nicht einverstanden, unterbrach denselben mehrmals, was jedesmal sehr stürmische Szenen hervorrief und der Redner deshalb nicht aussprechen konnte und abbrach. Nun erhielt der Vorsitzende des Möbelpolirervereins das Wort. Derselbe zog eine Parallele zwischen der Organisation der Möbelpolirer und der Tischler, wobei er jedoch zeigte, daß er nicht genau von den Verhältnissen der Tischlerbewegung unterrichtet war. Unter anderem machte er die „geistreiche" Bemerkung, daß für „uns" die Stadtverordneten Herold, Görcki, Tutzauer ꝛc. ganz „tout-même" seien, ebenso die jetzige Lohnkommission. Noch wollte Herr Bolbert als Gegner der Lohnkommission sprechen, wurde aber vom Bureautisch so belästigt, daß er kaum verständlich war. Das Gebahren des Vorsitzenden war überhaupt so provokatorisch, daß es schien, als wolle er den Schluß der Versammlung absichtlich herbeiführen, nachdem Herr Rödel und seine Anhänger gesprochen und jetzt die von diesen Angegriffenen zum Worte kommen mußten. Die Unruhe der Versammlung, hervorgerufen durch die ganz unqualifizirbare Handlungsweise des Vorsitzenden, stieg begreiflicher Weise fortwährend und dies gab dem Herrn Vorsitzenden willkommene Veranlassung, die Versammlung zu schließen.

Oeffentliche Buchbinder-Versammlung. Der Unterstützungs-Verein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen hatte zum Sonntag Vormittag eine allgemeine Versammlung einberufen. Die Versammlung wählte Herrn Jost zum ersten, Herrn Höhne zum zweiten Vorsitzenden und Herrn Tilgner zum Schriftführer. Herr Mehnert referirte über die erfolgte Arbeitseinstellung in der Albumfabrik von Fäßig u. Ehrenstein, sowie in der Luxusfabrik von Priester u. Eyck; Herr Freudenreich über Fabrikordnungen im Allgemeinen und besonders über die Fabrikordnungen der beiden genannten Geschäfte. Den Ausführungen der Referenten ist zu entnehmen, daß die Löhne, namentlich im erstgenannten Geschäft, als viel zu niedrig, sowie auch die Behandlung der Kollegen als unwürdig bezeichnet werden mußte; die Fabrikordnungen seien nur dazu geschaffen, den Arbeitern alle vom Gesetz garantirten Rechte zu schmälern; Unfrieden zu stiften, das Denunziantenthum groß zu ziehen u. a. m. Die anwesenden Herren Fäßig u. Ehrenstein suchten die Ausführungen der Referenten zu entkräften und der mehrfach genannten Fabrikordnung eine andere Auslegung zu geben. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß die Gehilfen derartige Fabrikordnungen so nehmen, wie man sie schwarz auf weiß vor sich habe. Ferner suchte Herr Mehnert nachzuweisen, daß Herr Fäßig gegen Anstand und gute Sitten verstoßen habe, indem er sich nicht gescheut habe, einen auf sein Recht bestehenden Kollegen mit Schimpfworten zu regaliren. Es sei letzterem nach 1½stündiger Unterhandlung nicht möglich gewesen, eine Einigung zu erzielen und in Folge dessen sein Vorgehen gerechtfertigt. In der Diskussion sprachen sich sämmtliche Redner, worunter auch drei aus genannter Fabrik, im Sinne der Referenten aus, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Es ist Pflicht der Arbeiter, ihr Recht und die Menschenwürde stets, auch bei schlechter Geschäftslage, hoch zu halten. Die am 24. Januar cr. in Sanssouci tagende Versammlung sämmtlicher Zweige der Buchbinderei erklärt sich mit dem Vorgehen der Kollegen bei Fäßig u. Ehrenstein vollständig einverstanden und verpflichtet sich, dieselben in diesem gerechten Kampfe zu unterstützen. Ferner spricht die Versammlung ihre Entrüstung aus gegen die Fabrikordnung der Herren Priester u. Eyck, indem sie dieselbe als eine Einschränkung des menschlichen Willens betrachtet. Es ist Pflicht jeden Arbeiters, dagegen Front zu machen."

Die Bäckergesellen Berlins befinden sich in offenem Kampfe mit der Bäckermeister-Innung „Germania". Berlin hat den zweifelhaften Vorzug, zwei Bäckermeister-Innungen zu besitzen, die „Germania", deren Verdienste um das Wohl der Gesellen und Lehrlinge der Stadtsyndikus Eberty gelegentlich der Berathung des bekannten § 100e d. R.-Gewerbe-O. als das non plus ultra des Zopfthums bezeichnet hat, und die „Konkordia", enstanden aus der freien Vereinigung der Bäckermeister. Im November v. J. hatte nun die „Germania", um allen Formalitäten einer wohlbestallten Innung zu genügen, eine Altgesellen- und Gesellen-Ausschuß-Wahl vornehmen lassen, dazu aber nur die Gesellen eingeladen, welche länger als ein Jahr bei einem Innungsmeister in Arbeit stehen (nicht etwa darin gestanden haben und z. B. bei einem anderen Meister arbeiten). Es sollen auf diese Weise etwa 80—90 Gesellen zusammengekommen sein, welche namens der etwa 2000 Bäckergesellen Berlins eine Altgesellen- und Gesellen-Ausschuß-Wahl zur Vertretung der Gesellschaft vornahmen. Am 21. d. Mts. hielten nun die Bäckergesellen Berlins auf Einladung des bisherigen Altgesellen Herrn Hoppe eine allgemeine Versammlung in Grätz' Salon, Brunnenstraße 140, ab und faßten diesem Vorgehen gegenüber folgende Resolution: „Die heute am 21. Januar in Grätz' Salon tagende Generalversammlung der Bäckergesellen Berlins protestirt gegen die vom Germania-Vorstand am 26. November v. J. einberufene und stattgefundene Gesellen-Ausschußwahl und verweigert ihre Anerkennung. Sollte der neugewählte Gesellenausschuß den Protest der Gesammtheit bei Seite lassen und in dem Fahrwasser der Innung weitersegeln, so würde dieselbe sich veranlaßt sehen, den neugewählten Ausschuß aus ihrer Mitte als ausgeschlossen zu betrachten." Gleichzeitig wurde in der Versammlung der Antrag gestellt: die Fahnen und Insignien des Bäckergewerks, welche Eigenthum der Gesellenschaft sind, dem Märkischen Museum zu überweisen, weil man sie der Innung, mit deren Bestrebungen man nicht einverstanden ist, nicht überlassen will. Dieser Antrag gelangte jedoch noch nicht zur Annahme; die Mehrheit neigte sich dem Vermittelungsvorschlag zu, daß man den neugewählten Altgesellen und Ausschußmitgliedern die Fahnen und Insignien zur Aufbewahrung übergebe, mit der Verpflichtung, sie niemals der Innung auszuhändigen.

th. **Polizeilich aufgelöst** wurde die zahlreich besuchte Versammlung des Vereins der arbeitenden Bevölkerung des Westens, welche derselbe am 25. d. Mts. in Gründer's Salon, Schwerinstraße, abhielt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Auer. Da der Referent jedoch am Erscheinen verhindert war, so hielt an dessen Stelle Herr Schweitzer einen Vortrag über: „Moral und Intelligenz". Das in dem Vortrage angeregte und geschickt behandelte religiöse Gebiete bildete darauf den Gegenstand einer Spezialdiskussion, in welcher u. A. auch die Behauptung aufgestellt wurde, daß die evangelische Religion hinter anderen Religionen zurück sei. Dieser Behauptung wurde von einem Redner entschieden entgegengetreten durch die Behauptung, daß die evangelische Religion anderen Religionen voraus sei, indem dieselbe gewissermaßen als Vorschule zum Dissidentismus und Atheismus zu betrachten wäre, weil die meisten Dissidenten und Atheisten aus protestantischen Ländern hervorgingen. Nach diesen Worten erklärte der anwesende Polizei Lieutenant die Versammlung für aufgelöst.

Der Fachverein der Luxuspapier-Präger und Papier-Schläger hielt am Montag, den 25. Januar, eine ordentliche Mitgliederversammlung in Seefeld's Salon ab. Dieselbe war äußerst zahlreich besucht. Herr Ballmüller hielt einen Vortrag über den großen Bauernkrieg. Als der Vortragende ca. ¾ Stunden gesprochen hatte, und er eine Charakterisirung Thomas Münzer's gab, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes auf.

Große öffentliche Frauenversammlung Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, in Graetz's Salon, Brunnenstraße 140. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau: „Wozu ist die Frau berufen?" Männer haben als Gäste Zutritt. Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien haben ihr Erscheinen zugesagt.

Verein für Feuerbestattung in Berlin. Allgemeine Versammlung mit Damen Donnerstag, den 28. Januar. Abds. 8 Uhr präzise, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. Tagesordnung: 1. Allgemeines. 2. Vortrag des Privat-Dozenten Herrn Dr. med. Th. Weyl: Ueber Stoffwechsel. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Lenzmann: Ueber die medikolegale Seite der Feuerbestattung. Subskriptions-Listen, betr. Petition an den D. Reichstag liegen zum Einschreiben in dem Lokale aus. — Gäste willkommen.

Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Metallarbeiter, als Schlosser, Maschinenbauer, Hobler, Stanzer, Dreher, Schleifer, Gießer, Gürtler, Klempner, Schnittarbeiter, Former, Putzer, sowie sämmtlicher Hilfsarbeiter, am Sonnabend, den 31. Januar, Vormittags 10½ Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21. Tages-Ordnung: 1. Zweck und Ziele der Gewerkschaft. Referent Herr Michelsen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fabrik- und Handarbeiter b. G. (E. H. Dresden Filiale Berlin). Freitag, den 29. Januar, Abends 8½ Uhr, in Paste's Gesellschaftshaus, Neue Königsstr. 7, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl eines Kassenarztes. 4. Verschiedenes. — Quittungsbuch legitimirt.

Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt. Heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, General-Versammlung, Gartenstraße 123 bei Krüger. T.-O.: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 54. Jeden Mittwoch, Abends 8½ Uhr, Vortrag. Gäste sind willkommen.

Arbeiter-Bezirksverein Südost. Ordentliche Mitgliederversammlung heute, Mittwoch, den 27. Januar, präzise 8½ Uhr Abends, in der „Urania", Wrangelstr. 9/10. Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Neuer Berliner Thierschutz-Verein. Außerordentliche General-Versammlung Donnerstag, den 28. Januar, Abends 7 Uhr, Leipzigerstr. 132.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, den Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Verehrte Redaktion! In Bezug auf die polizeiliche Auflösung der Versammlung der arbeitslosen Arbeiter möchte ich als Besucher derselben einiges bemerken.

Ich bin der Ansicht, daß, wenn ein Redner in einer plumpen Art und Weise, wie es hier geschah, über religiöse Sachen spricht, welche mit der Tagesordnung absolut nichts gemein hatten, daß dann der Vorsitzende verpflichtet wäre im Interesse der so ruhigen, imposanten Versammlung den Redner zur Sache zu rufen, event. wenn nöthig ihm das Wort zu entziehen. Da dem der Vorsitzende sich der Wichtigkeit des ruhigen Verlaufs gerade dieser Versammlung wohl bewußt war, — was derselbe auch im Anfang der Diskussion betonte, — ließ er es ruhig geschehen, daß der letzte Redner seine verworrenen Phrasen über religiöse Dinge an den Mann bringen konnte, in der Weise, welche Jedem, der überhaupt Arbeiterversammlungen besucht hat, über das fernere Schicksal dieser Versammlung keinen Zweifel mehr aufkommen lassen konnte. Die Auffassung war um so bedauerlicher, als noch, wie ich erfahren habe, eine ganze Anzahl Herren sich zum Wort gemeldet hatten und durch diese Weise zu sprechen verhindert wurden. Ich bin der Meinung, daß der Vorsitzende einer Versammlung verpflichtet und befähigt sein muß, solchen Personen, welche förmlich darauf ausgehen, eine Versammlung zu stören, und die man fast jeder Versammlung mit einer gewissen Ahnung über die Dinge, die da kommen werden, die Rednertribüne besteigen sieht, die Sache zu rufen event. das Wort zu entziehen. Die Anordnung der Versammlung wird er in solchem Falle auch haben.

Bernhard Bütow, Rheinsbergerstr. 53.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. 200. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben.

Rk. 59. Nein.

K. 43. Die Landarmee Oesterreich Ungarns besteht im Friedens- und 1 164 014 Mann im Kriegszustande. Die Marine hat 7340 Mann im Frieden und 11 532 Mann im Kriege.

H. Rtr. Lassen Sie das Mädchen in die Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter beiderlei Geschlechts aufnehmen. Die Aufnahmestellen der ersteren finden Sie in der Beilage der letzten Sonntagsnummer unseres Blattes. Zahlstellen der letzteren befinden sich (Sonnabend Abends) in den Restaurants Laustzerstr. 52, Adalbertstr. 74 und Wrangelstr. bei Levin.

W. Rixdorf. 1. Eintrittsgeld müssen Sie auf alle Fälle zahlen, sobald es das Statut der betreffenden Kasse vorschreibt. 2. In einer der nächsten Nummern.

Theater.

Mittwoch, den 27. Januar.

Opernhaus. Der Trompeter von Säkkingen.
Schauspielhaus. Die Piccolomini. Vorher: Wallenstein's Lager.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Wallner-Theater. Wieder-Eröffnung Sonnabend, den 30. Januar 1886. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenthal.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Ultimo! Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.
Walhalla-Operetten-Theater. Mamsell Angot, die Tochter der Halle.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Louisenstädtisches Theater Benefiz für Herrn Ritter v. Kaminski. Fidelio, Oper in 3 Akten.
Viktoria-Theater. Zum 4. Male: Däumling.
Ostend-Theater. Das Loos der Armen, Lebensbild in 5 Akten von F. v. Stenglin.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Eine Wanderung durch Florenz und Venedig. Eine malerische Rhein-Reise. Karolinen-Inseln ꝛc. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Vereinsbillets.

Ein großes Heckbauer, mehrere Kanarienhähne und Sien sind bill. z. verk. Brunnenstraße 133, erstes Hinterhaus III. b. Holze.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Die beiden Harfenmädchen.

Charaktergemälde mit Gesang in 4 Akten von Emil Gallert. Musik von Ludw. Bußler.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¼ Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.

Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Mitgliedern des „Arbeiter-Bez.-Verein für den Osten" und des „Arbeiter-Vereins Hoffnung" empfehle mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Herrm. Liewald, Frankfurter Allee 143.

G. Richter's Restaurant,

Kottbuserstraße 2,

empfiehlt der geehrten Nachbarschaft seine Lokalitäten zum geneigten Besuch. Sonntags und Mittwochs Frei-Konzert. Ausschank von Weiß- und Bairisch Bier, Speisen a la carte zu billigen Preisen.

Zu gleicher Zeit empfehle ich meinen Saal den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen u. s. w. Vereinszimmer mit und ohne Pianino, zu 25—30 Personen, geeignet für Rauchklubs oder Gesangvereine, 5½ Meter hoch. Um geneigten Zuspruch bittet 490

Achtungsvoll **Georg Richter.**

Arbeiter-Bezirks-Verein der Rosenthaler Vorstadt.

Am Mittwoch, den 27. Jan., Abends 8 Uhr,

General-Versammlung

in der Gartenstraße 123 bei Krüger.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl des Gesammtvorstandes 4. Fragekasten. Mitgliedskarte legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 552

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider (E. H.)

Am Mittwoch, den 27. Januar, Abends 9 Uhr,

Versammlung

in **Gratweil's Bierhallen, Kommandanten-Straße 77/79** (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 2. Kassenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

548 Die örtliche Verwaltung.

Empfehle mich allen Freunden und Bekannten und meiner geehrten Nachbarschaft zur pünktlichen **Besorgung** des „**Berliner Volksblatt**", sowie der „**Neuen Welt**", „**Neuen Zeit**", des „**Bauhandwerkers**", der „**Deutschen Metallarbeiter-Zeitung**" und aller arbeiterfreundlichen Journale. [495

Zeitungs-Spedition
W. Iwantzky,
Naunynstraße 19, Hof.

Elegante **Masken-Garderobe**
C. Tietz, Dresdenerstraße 37.
Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark.
Vereine besondere Begünstigungen.

Große Auswahl in
Masken-Garderobe
zu billigsten Preisen. Anzüge schon von 1 M.
R. Klose, Reichenbergerstr. 1[illegible]

Achtung! **H. F. Dinsiage,** Kottbuserstraße 4. Hof [illegible]
Kein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg.

F. Ruhnke,
Uhren-Fabrik,
Berlin S., Dresdenerstr. [illegible]
empfiehlt alle Arten Uhren, Ketten, Schlüssel, Goldwaaren [illegible]
Spezialität:
Regulatoren
1. Qualität.
Werke in den geschmackvollsten Mustern zu Fabrikpreisen [illegible] 5jähr. reeller Garantie. [illegible] zahlung ohne Preiserhöhung [illegible] stattet. Reparaturen gut und billig.

Möbeln, gebrauchte, Bettstellen, Matratzen, Stühle (Lehnstuhl mit Hacken), Betten, Bodenplan etc., verkaufe um damit zu räumen **D. Sommerfeld,** Oranienstr. 199, im Keller.

Arbeitsmarkt

Einen tüchtigen Korbmacherjungen auf Gematt verl. E. Voigt, Gitschinerstr. 91.

Zur Beachtung.

Das Vereinslokal, verbunden mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis und solide eingerichteter Herberge für Klempner, Former, Schleifer und sonstige Metallarbeiter befindet sich Ritterstraße 123, geöffnet bis Abends 12 Uhr. [illegible] gereiste Former und Schleifer erhalten dort Reiseunterstützung.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.